

50 Jahre Gemeinde Johannesburg

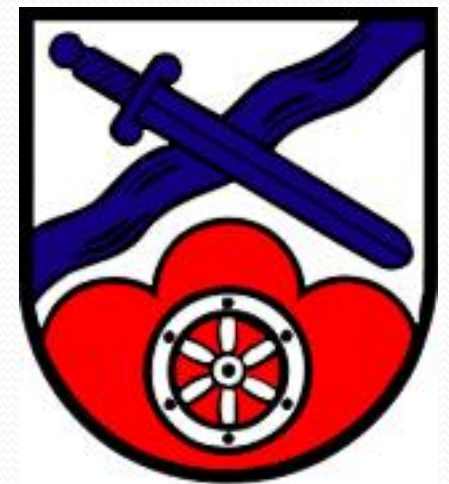
Herzlich willkommen

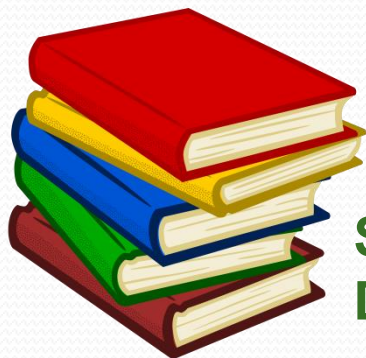
zum Festakt

am Samstag und

Sonntag

18. und 19. März 2023





**Streiflichter aus der reichhaltigen Gemeindegeschichte
Die Gebietsreform(en) und ihre Auswirkungen (Folgen)
oder »Kann Geschichte ein Lehrmeister sein?«**

Heilt wirklich die Zeit Wunden?

Stadt Aschaffenburg angewiesen.

Die Zeit heilt Wunden?!

50 Jahre Gebietsreform: Für neuen Kreis Aschaffenburg überwiegend positive Effekte – Fragezeichen bei der Identität



Von unserem Redakteur
PETER FREUDENBERGER

STADT UND KREIS ASCHAFFENBURG. Fraglos haben die Gebietsreform der Landkreise 1972 und die folgende Gemeindegebietsreform in allen Regionen Bayerns Wunden geschlagen. Doch wer sie heute näher betrachtet, findet sie weitgehend verheilt. Das gilt besonders



50 Jahre
Gebietsreform

für den heutigen Kreis Aschaffenburg. Schon fünf Jahre nach der Landkreis-Gebietsreform hat das Main-Echo in einer Umfrage hier keine kritischen Stimmen mehr gefunden. Mittlerweile sind 50 Jahre vergangen – da dürfte auch der Argwohn derer, die von der Umfrage eventuell nicht erreicht wurden, verblasst sein.

Alzu tief waren die Wunden wohl nie – anders als im benachbarten Main-Spessart, wo sich gleich drei Städte, Gemeinden, Marktheidenfeld und Lohr, ihre Kreis-Sitze verloren. Der Altkreis Alzenau hat die Zwangsehe mit dem Kreis Aschaffenburg und den Verlust des Kreissitzes zumindest schneller verschmerzt. Ein wahrscheinlicher Grund: Am Rande des Rhein-Main-Ballungsgebiets und mit dem Oberzentrum Aschaffenburg vor der Haustür, haben die Menschen die Vorteile der Gebietsreform früher erkannt als andernorts.

Drohende Überlastung

Das industrielle Wachstum der 1960er-Jahre und die zunehmende Mobilität erforderten gewaltige Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in Straßen und Brücken. Dazu mussten die Kreisbehörden und Rathäuser eine wachsende Zahl neuer Kommunalaufgaben bewältigen, im Abfallwesen oder Umweltschutz ebenso wie im Sozialrecht oder im Kultur- und Freizeitbetrieb. All dies drohte die kleinen Gebietskörperschaften zu überlasten.

»Mehr Wirtschaftlichkeit« gehörte daher zu den vier Zielen, die der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel in einer Broschüre zur Gebietsreform formuliert hatte. Die drei weiteren: Stärkung der kommunalen



Das Landratsamt des Kreises Aschaffenburg. Es steht auf dem Grund der kreisfreien Stadt, nur kurz war 1972 ein Standort in der alten Kreisstadt Alzenau im Gespräch.

nalen Selbstverwaltung, Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Land und mehr Bürgernähe der Verwaltung.

Mehr Wirtschaftlichkeit

Das Ziel der Wirtschaftlichkeit hat sich erfüllt. In den größeren Gebietskörperschaften ließen sich die Finanzmittel bündeln und effektiver einsetzen als zuvor, da viele Aufgaben und Einrichtungen doppelt oder mehrfach bezahlt

werden mussten. Ein Lieblingsbeispiel des damals neuen Landrats Roland Eller: Eine Kreismülldeponie ersetzte die vormals 66 Müllkippen der 30 Gemeinden in den Altkreisen Alzenau und Aschaffenburg.

Wie sieht es mit den anderen Zielen aus? Dass die Gebietsreform zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung führen werde, war eine umstrittene Thesen. Die Zusammenschlüsse gingen

schließlich mit Einbußen an örtlicher Selbstverwaltung einher. Zuvor eigenständige Ämter verschwanden oder mussten Kompetenzen und Verantwortung an zentrale Verwaltungsbehörden abgeben. Betroffene Politiker, Behördenchefs und Bürger beklagten Bedeutungsverlust.

Selbstverwaltung gestärkt

Gleichwohl stärkten die größeren Einheiten die kommunale Selbst-

verwaltung, sie gaben ihr mehr Gewicht im Spiel der Kräfte. Die Landräte traten der Bezirks- und Landesregierung nicht mehr als Bittsteller entgegen, sondern im Selbstbewusstsein ihrer neuen Macht. Zudem verließ der Wegfall von Doppelstrukturen den Kommunen neben den finanziellen auch die personellen Kräfte, neue Aufgaben selbst zu meistern. Der Kreis Aschaffenburg etwa richtete als einer der Ersten in Bayern ein Umweltreferat ein.

Vom Verkehr bis zur Bildung

Mehr Wirtschaftlichkeit und gestärkte Kommunalverwaltung waren die Grundlagen, auch das dritte Ziel zu erreichen: die Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Land. Das betrifft nicht nur den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auf die der Begriff ländlicher Lebensverhältnisse oft reduziert wird.

Auch andere Standortfaktoren haben durch die Gebietsreform gewonnen, etwa die Ansiedlung von Arbeitsplätzen oder das Bildungswesen. Zur Erinnerung: Vor der Gebietsreform hatte der Altkreis Aschaffenburg (anders als der Altkreis Alzenau) keine wei-

terführenden Schulen. Die Familien hier waren auf Realschulen und Gymnasien in Aschaffenburg angewiesen.

Von Bürgern entfernt

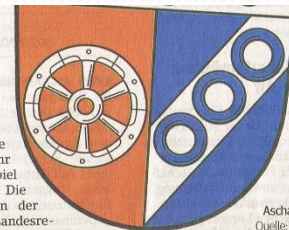
Hat die Gebietsreform somit zu »mehr Bürgernähe der Verwaltung« geführt, wie Goppel prognostizierte? Hier ist am ehesten ein Fragezeichen zu setzen. Für viele Bürger hat sich der Weg zur Verwaltung durch die Gebietsreform deutlich verlängert. Die Kontakte sind geschwunden. Sicher haben sich Verwaltungsabläufe zugunsten der Bürger beschleunigt. Aber das ist nicht per se eine Folge der Gebietsreform.

Dazu kommt: Die Gebietsreform zog die neuen Grenzen vorwiegend nach geografischen Gesichtspunkten und Einwohnerzahlen. Auf der Strecke blieben die »kulturellen, stammesmäßigen und historischen Bindungen« der Menschen, all das, was heute als »Identität« bezeichnet wird. Wie langsam diese Wunde heilt, zeigt der Boom, den das einstige ALZ-Autokennzeichen nach der Wiedereinführung erfuhr. Offensichtlich blieb das Nummernschild ein Symbol der gemeinsamen Identität im Altkreis Alzenau, die eben nicht in einem übergreifenden AB aufgegangen ist.

Grenzen erweitert

Andererseits nagen Mobilität und Zuzüge, die das Leben im Rhein-Main-Gebiet mit sich bringt, ohnedies an alten Wurzeln. Menschen zu integrieren, gehört zu den Aufgaben, die sich in größeren Einheiten besser lösen lassen. Gleiches gilt für die aktuellen Herausforderungen wie Energie- und Klimakrise. Sich ihnen zu stellen, verlangt eine Zusammenarbeit über die heutigen Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus – in den kleinen Einheiten vor der Gebietsreform wäre das nichts zu machen gewesen.

»München setzt uns neue Grenzen«, titelte das Main-Echo vor 50 Jahren. Das ist ein Aspekt der Gebietsreform. Doch unterm Strich hat sie die Grenzen der Möglichkeiten erweitert.



Logo vom Landkreis Aschaffenburg. Quelle: Wikipedia

Chronik: Die Gemeindegebietsreform in Stadt und Kreis Aschaffenburg

Die Gebietsreform der 1970er-Jahre

reduzierte die Zahl der Gemeinden in Bayern um mehr als zwei Drittel auf 2050. Die Stadt Aschaffenburg bekam zwei neue Stadtteile, im Landkreis Aschaffenburg mit dem 1972 hinzu gekommenen Altkreis Alzenau entstanden 19 größere Gemeinden, 13 blieben unverändert. Es gab freiwillige Zusammenschlüsse wie den von Dettingen und Großwelzheim zu Karlstein ebenso wie Zwangsgemeindungen wie die von Steinbach nach Johannesberg: Ein Überblick.

Aschaffenburg

1. April 1975 Gaibach
1. Mai 1978 Obernau

Alzenau

1. Januar 1972 Kälberau
1. Juli 1972 Albstadt, Wasseros
1. Juli 1975 Hörstein, Michelbach

Bessenbach

1. Januar 1972 Fusion von Keilberg und Straßbessenbach
1. Januar 1978 Oberbessenbach

Blankenbach

20. Januar 1966 Fusion von Großblankenbach, Kleinblankenbach und Erlenbach

Dammbach

1. Juni 1976 Fusion von Krausenbach und Wintersbach

Goldbach

1. Juli 1971 Unterferrebach

Geiselbach

1. Januar 1972 Omersbach

Großostheim

1. Mai 1978 Pflaumheim, Wenigumstadt

Haibach

1. Juli 1972 Grünmorsbach
1. Januar 1978 Dörrmorsbach

Heigenbrücken

1. Juli 1972 Jakobsthal

Hösbach

1. Januar 1972 Wenighösbach

Johannesberg

1. Juli 1972 Feldkahl
1. Mai 1978 Rottenberg, Winzenhohl

Johannesberg

1. Juli 1972 Fusion von Breunberg, Johannesberg, Oberferrebach, Rückersbach, Steinbach

Karlstein

1. Juli 1975 Fusion von Dettingen und Großwelzheim

Kleinkahl

1. Juli 1972 Fusion von Großlaudenbach, Kleinkahl und Kleinlaudenbach
1. Januar 1976 Edelbach

Laufach

1. Mai 1978 Ham

Münbris

1. Januar 1972 Daxberg, Hemsbach, Mensengesäß
1. Juli 1972 Niedersteinbach

Mespelbrunn

1. Januar 1974 Dörnsteinbach, Hohl
1. Januar 1976 Reichenbach
1. Mai 1978 Schimborn (am 1. Januar 1972 mit Königshofen fusioniert)

Sailauf

1. Juli 1972 Eichenberg

Schöllkrippen

1. Januar 1972 Schneppenbach
1. Mai 1978 Hofstädten

Westergund

1. Januar 1972 Fusion von Huckelheim, Oberwestern, Unterwestern

Von der Gemeindegebietsreform unberührt geblieben

Glatbach, Heimbuchenthal, Heinrichsthal, Kahl, Kleinostheim, Krombach, Mainaschaff, Rothenbach, Sommerkahl, Stockstadt, Waldaschaff, Weibersbrunn, Wiesen. (tju)

Einblicke in die Gebietsreform(en)

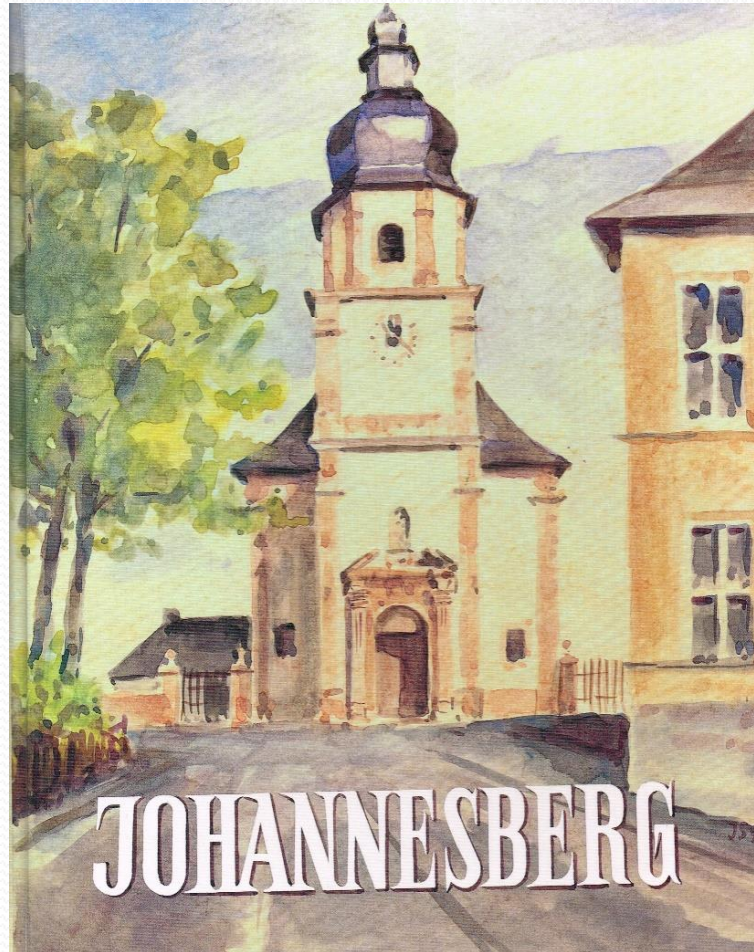
verordnetes Ende von engagierten Kommunalpolitikern
»Zeitenwende« ist nicht nur ein Begriff aus der Gegenwart

Nicht in jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...
viel kleineres Johannesberg um 1963



Einblicke in die Gebietsreform(en) Affolderbach - Johannesberg 800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

**Jede Gemeinde erlebte
die Gebietsreform
anders!**



Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg

800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Kurze, weil Einführung

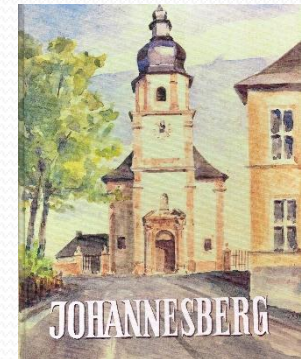
Die erste urkundliche Erwähnung findet sich im Nekrolog, dem Totenbuch: »Conradus sacerdos rector ecclesie Affolderbach«. Er vermachte einen Betrag zu seinem Seelenheil von seinem Besitz »de bonis in Affolderbach sitis iuxta ecclesiam«.

B. v. n.

Conradus pbr & Custos . s . q tres domos ecc. cont.
& nullam p peccatis . p otone qui mat' sua ecc. ad.
Barthel Cellarius . s . q p se & pte suo . v . id' ecc.
& cont. in Affolderbach .

o

o



Die erste Kirche in Affolderbach stifteten die Grafen von Rieneck, die auch das umliegende Grundstück zur Verfügung gestellt haben. Es war eine Eigenkirche, zugleich eine Höhenkirche, die nicht zur Vermögensmasse der Kirche gehörte. Das Patronatsrecht oblag den Grafen.

Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg

800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Dem heutigen Betrachter scheinen die Rechtsverhältnisse des Mittelalters verworren, aber wir dürfen nicht aus unserer Sicht urteilen, denn der moderne Staat sollte sich erst bilden. Die Landeshoheit als ungestörte und ungeteilte Ausübung aller Hoheitsrechte ist immer nur in einzelnen Orten möglich gewesen.

Der Mainzer Erzbischof Daniel Brendel von Homburg (1555-1582) ließ in seiner Regierungszeit die ersten Jurisdiktionalbücher (Rechtssammlungen) anlegen. Diese Aufzeichnungen enthalten alle Rechte und Gerechtsamen, die der Mainzer Kurfürst in den Städten und Dörfern seines Landes besaß. Diese Rechtesammlung zeigt, dass alle Rechte, die 1380 noch die Grafen von Rieneck innehatten, im Laufe der Jahrhunderte an den Mainzer Kurfürsten übergegangen sind.

Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg

800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

In dieser Rechtsammlung sind folgende Ortschaften aufgeführt:
»Das Amt Affholderbach (besteht aus) Ober Affholderbach, Reichenbach, Rückersbach, Steinbach, Glattbach, Niedern Affholderbach, Breunspurg, Daxberg, Schimmern« wie auch Hohl im Rothengrund.

Die Pfarrei Johannesberg bestand bis 1772 aus 8 einzelnen Orten, die eine Gesamtgemeinde bildeten. Der Ortsvorstand (heute Bürgermeister) trug den Titel Landschöpf. Danach forderte eine neue Verfassung, die das Amt des Landschöpfen beseitigen wollte, die Selbstverwaltung jedes einzelnen Ortsteils des Amtes Johannesberg. Dies fand aber durchaus nicht die Zustimmung der Gemeinden.

Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg 800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Ähnlich wie die »Wiederzusammenlegung« fast genau 200 Jahre später, in der die Gesamtgemeinde erneut beschlossen wurde, erregte diese Reform von 1772 die damaligen Gemüter. Es beschwerten sich einige Gemeinden, darunter auch Steinbach. Wie die Angaben in den Beschwerden zeigen, war das Ehrenamt des Vorstehers nicht gerade beliebt, und die Gemeinden, die 200 Jahre später so sehr um ihre Selbständigkeit kämpften, hatten noch kein Interesse an der Selbstverwaltung.

Anmerkung:

In den Quellen des 15. und 16. Jahrhunderts wird nur die Bezeichnung Amt Affolderbach geführt. Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts setzte sich der Name Johannesberg klar durch.

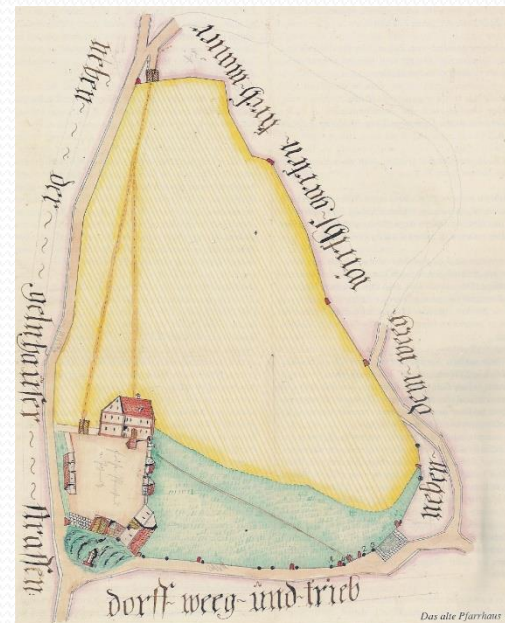
Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg 800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Wir erinnern uns:

Durch die Auswirkungen der Schlacht bei Dettingen (27. Juni 1743) schändeten Soldaten, die am Österreichischen Erbfolgekrieg beteiligt waren, die erste Pfarrkirche. Die auch aus den noch vorhandenen Resten neu errichtete Pfarrkirche ist mit dem Datum von 1769 angegeben, dürfte aber erst einige Jahre später »fertiggestellt« worden sein.

Johannesberg, bis 1772 zum Amtsbereich des Centgrafen vorm Spessart gehörig, ging an die Kellerei Kaltenberg.



Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg

800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Die Gemeinden werden selbständig!

Mit dieser Verwaltungsreform 1772 - 1782 erhielten auch die Ortsgerichte einen klaren Aufgabenbereich, so die Verpflichtung des Ortsvorstandes (heute Bürgermeister). 1778 wurde das Amt des Bürgermeisters eingeführt. Im Gegensatz zum heutigen Bürgermeister war er lediglich Rechnungsführer und gehörte nicht dem Ortsgericht an.

Die Auflösung des Kurstaates im Jahre 1803 und die Gründung des Fürstentums Aschaffenburg änderte nichts an der Rechtsstellung der Gemeinden. Sie galten weiterhin als nicht rechtsfähig. Mit der Errichtung des Großherzogtums Frankfurt 1810 erfolgte eine Neuordnung. Die Gemeinden hießen »Mairien« und der Ortsvorstand bekam die Bezeichnung »Maire«. Folgende Maire weist der »Versuch einer topographischen statistischen Beschreibung des Großherzogtums Frankfurt« für unsere Gemeinden aus: Andreas Kraus für Oberafferbach mit Hagelhof und Rauenthal, Johann Adam Nohe für Breunsberg, Jacob Deller Steinbach, Peter Flittner für Johannesberg und Conrad Eisert für Rückersbach.

Einblicke in die Gebietsreform(en)

Affolderbach - Johannesberg

800 Jahre Geschichte einer Gemeinde

Die Gemeinden sind selbständig!

Der Pariser Vertrag zwischen Bayern und Österreich vom 2. Juni 1814 übertrug in Ausführung des Artikels IV des Vertrags von Ried mit Wirkung vom 8. Oktober 1813 auch das Fürstentum Aschaffenburg, das aus dem Kurfürstentum Mainz entstanden war, an Bayern (im Austausch gegen Tirol und Vorarlberg).

Vom 01. Oktober 1858 an gehörten die Gemeinden Breunsberg, Hohl, Reichenbach, Rückersbach mit Sternberg zum Landgericht Alzenau. Oberafferbach mit Hagelhof und Rauenthal, Johannesberg und Steinbach verblieben zum Landgericht Aschaffenburg.

Einblicke in die Gebietsreform(en)

Landkreise und Gemeinden vor der Gebietsreform

Landkreis ASCHAFFENBURG



Alzenau i.Ufr. / Aschaffenburg

—98—

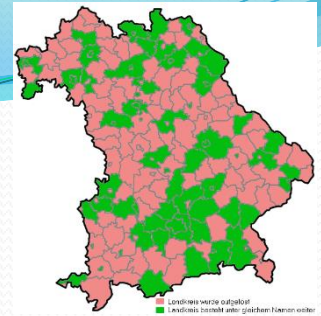
Unterfranken

Landkreis ALZENAU I. UFR.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Einblicke in die Gebietsreform(en)



Wir machen einen großen Sprung ins 20. Jahrhundert:

Schon am 25. Januar 1952 trat eine neue Gemeindeordnung für Bayern in Kraft. 1967, zu Beginn der 6. Wahlperiode des Bayerischen Landtages, strebten sowohl die regierende CSU als auch die oppositionelle SPD eine Reform der Kommunalverwaltung an. Die Vorstellungen der SPD gingen erheblich weiter als die Pläne der CSU. Die SPD wollte die Auflösung der Regierungsbezirke und Landkreise, an deren Stelle Verwaltungsregionen geschaffen werden sollten. Die Gemeinden sollten in Verwaltungsgemeinschaften zu Größen von 5.000 und 10.000 Einwohnern zusammengelegt werden.

Die Regierungspartei dagegen wollte die bisherige Grundstruktur Bezirk – Landkreis – Gemeinden beibehalten, jedoch die Zahl der Landkreise und der Gemeinden deutlich verringern und damit die Einwohnerzahlen dieser Gebietskörperschaften vergrößern.

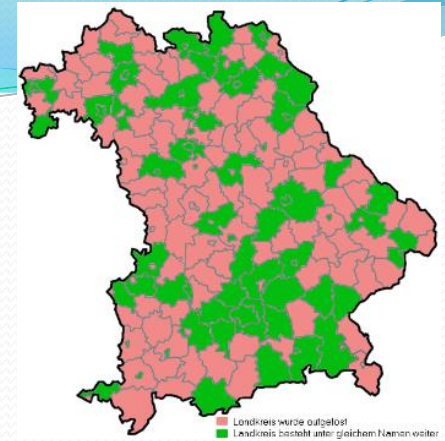
Die ixte Gebietsreform naht!



Ministerpräsident
Alfons Goppel



Das Gesicht der Gebietsreform: Bruno Merk



Ministerpräsident Alfons Goppel kündigte in seiner Regierungserklärung vom 25. Januar 1967 die Reform an und nannte sie die wichtigste innenpolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode. Die Gebietsreform wurde von Bruno Merk (CSU) initiiert, der von 1966 bis 1977 Staatsminister des Innern war. Sein Amtsnachfolger Alfred Seidl schloss die Gebietsreform ab. Am 16. April 1970 legte die Regierung den Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vor.

Die Gebietsreform gliederte sich zeitlich in zwei Abschnitte:

1. die Gebietsreform zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte 1972
2. die kommunale Gebietsreform, die ab 1972 zuerst auf freiwilliger Basis durchgeführt wurde und im Jahre 1978 mit Zwangseingemeindungen abgeschlossen wurde.

Die ixte Gebietsreform in der Umsetzung!

Im Rahmen der Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte, die am 15. Dezember 1971 beschlossen wurde und am 1. Juli 1972 in Kraft trat, wurden aus vorher 143 Landkreisen insgesamt 71 neue Landkreise. 23 von ehemals 48 kreisfreien Städten verloren ihre Kreisfreiheit.

Die Gemeindegebietsreform von 1972 bis 1978 verringerte die Zahl der bayerischen Gemeinden von 6.962 im Jahr 1970 um über zwei Drittel auf 2.051 kreisangehörige Gemeinden. Sie trat am 1. Mai 1978 nach mehreren Beschlüssen und Verordnungen in Kraft. Mehr als 900 der Gemeinden waren zudem Mitgliedsgemeinden in Verwaltungsgemeinschaften. Abgeschlossen wurde die Reform durch das Gesetz zum Abschluss der kommunalen Gebietsreform vom 1. Januar 1980, in dem noch kleinere Korrekturen vorgenommen wurden.

Soweit der gesetzliche Rahmen - was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

Was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

Die Bürgermeister der jeweiligen Gemeinden hielten ihre Sitzungen und Sprechstunden meist daheim ab. Ein Mithören durch Familienangehörige ließ sich nicht immer vermeiden. Auf überlieferte Anekdoten darf verzichtet werden. Jedenfalls, wenn es zu heftigen Diskussionen kam, konnten die Kinder nicht einschlafen.

Rathäuser werden gebaut in den Gemeinden Johannesberg und Oberafferbach:



01. November 1896

Das Armenhaus der ehemals selbständigen Gemeinde Johannesberg - in der Altstadt gelegen - wird eingeweiht. Darin befand sich die Amtsstube des Bürgermeisters. Ab welchem Jahr dies als Amtsstube genutzt wurde - unklar.

21. November 1954

Das Oberafferbacher Rathaus - später das Amts- und Verwaltungsgebäude für die gesamte Gemeinde Johannesberg - wird eingeweiht.

Was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

Die Verwaltung bis 1972



Gemeinde Johannesberg

Bürgermeister Alois Hain, Schriftführerin Anni Rosenberger, ehrenamtlicher Kassier Erich Bayer mit einer monatlichen »Entlohnung« von 50,-- DM. Er war Nachfolger von Dominikus Stadtmüller, Gemeindediener: Konrad Herbert, Schütz: Konrad Hofmann; Bayer beurteilt die finanzielle Ausstattung: »arme Gemeinde«!

Was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

Die Verwaltung bis 1972

Gemeinde Oberafferbach

Bürgermeister Adam Wombacher, Gemeindegeschreiber Josef Wüst, Schreibkraft Alma Freund, Gemeindediener Adam Sauer, Gemeindearbeiter ab 01. November 1969 Raimund Fecher



*Einweihung des Rathauses in Oberafferbach
21. 11. 1954*



Was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

Die Verwaltung bis 1972

Gemeinde Breunsberg

Bürgermeister Anton Staab hielt seine Sitzungen in einer eigens eingerichteten Amtsstube im Wohnhaus, Frankenstraße 48.

Kassier Alfred Bathon, Vater von Benno Bathon. Schreibkraft Elvira Reuter, Feldschütz Peter Wagner, Ausscheller und Amtsbote Gundolf Krämer. Es gab keine Gemeindearbeiter. Diesbezüglich anfallende Arbeiten wurden von den Gemeinderäten durchgeführt. Bei seinen Abschiedsgedanken schreibt Staab ins Mitteilungsblatt vom 06. Juli 1972: »...die ganze Umgebung war Zeuge vom Aufschwung der ärmsten Gemeinde Breunsberg....«

Bild von der Schuleinweihung Breunsberg am 16. Mai 1955



Was tat sich vor Ort in unseren, noch selbständigen Gemeinden?

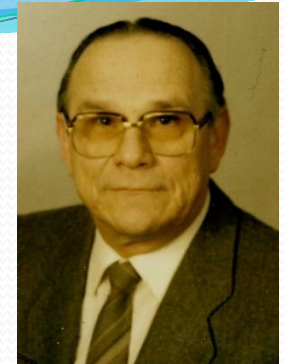
Die Verwaltung bis 1972

Gemeinde Rückersbach

Bürgermeister Hugo Eisert

Die Amtsstube befand sich in der Rückersbacher Schule.

Als ehrenamtlicher Verwalter und einziger »Mitarbeiter« ist nur der Rückersbacher Lehrer Franz Wombacher bekannt.



Gemeinde Steinbach

Bürgermeister Johann Sauer hielt seine Sitzungen ebenfalls bis 1972 im Wohnhaus. Danach fanden die Sitzungen in der damaligen Schule statt.

Peter Kehrer und Anton Bergmann wie Ilse Philipp waren

Gemeindeschreiber, Adi Geis, ab 1973 Günther Pecher Kassier.

Gemeindearbeiter gab es keine. Landwirte arbeiteten für ihre Tätigkeiten auf Stundenbasis. Es kam vor, dass die »Standesbeamten«

Trauungen in ihrer Wohnung abhielten.



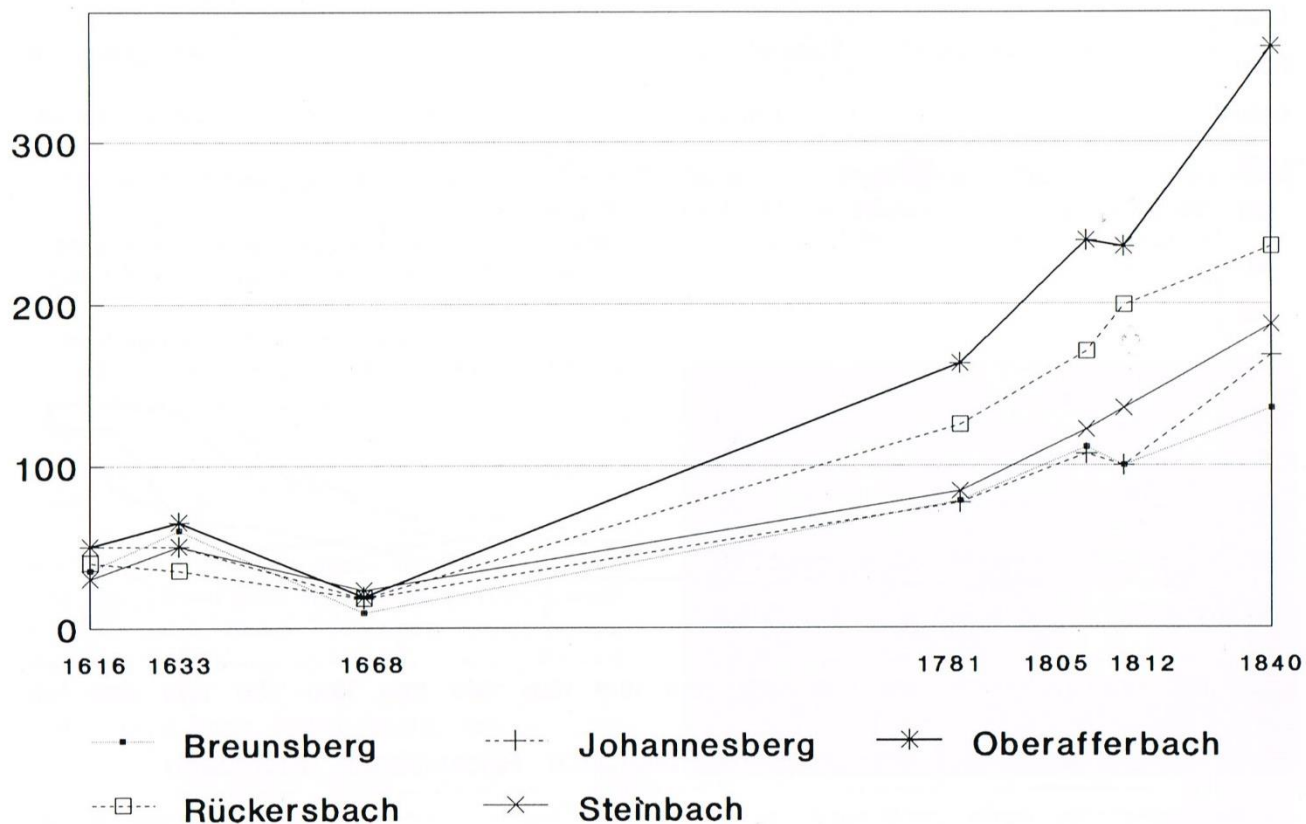
Dank an Toni Hofmann



Vorboten der Gebietsreform von Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Werfen wir einen Blick auf den Anstieg der...

Bevölkerungszahlen



Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Im Gemeindearchiv findet sich die Beschreibung eines Flächennutzungsplanes der Gemeinde Oberafferbach vom 25. Juni 1957, den der Architekt und Regierungsbaumeister K. Plößl, München, entworfen hat, um geordnete Nutzung des Bodens, insbesondere die Erfordernisse der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Bebauung, der Erholung und des Schutzes des Heimatbildes in den Grundzügen zu regeln.

Eine Besprechung am 28. Februar 1967 bezieht sich auf einen »gemeinsamen, nicht übergeleiteten Flächennutzungsplan«. Dort heißt es: »Gellhauser Straße - Geröllchetsfeld«: »Bebauungspläne rechtsverbindlich, Umlegungen stehen vor dem Abschluss, Erschließung zum großen Teil vorhanden, Bebauung mitten im Gang.«

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Oberafferbach - Wehräcker (Gartenstraße) aufgestellt am 20. März 1964

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Oberafferbach - Sattelhecke - aufgestellt am 08. August 1964 - **als reines Wohngebiet** - aus heutiger Sicht sehr gewagt, denn der Dauerpegel der Dezibelmessung beträgt im Normalfall 54 (Autobahn).

Für die Einheimischen mit 5,00 DM pro Quadratmeter zu teuer, für die »Städter« geradezu ein Schnäppchen.

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Schätze des Gemeindearchivs

Bebauungsplan ist nicht weiterverfolgt worden. Sogar die Gemeinde Glattbach hatte zu dieser Zeit angeregt, Oberafferbach solle dort ein Baugebiet ausweisen.



Oberafferbach - Meiersäcker - (gehörten zum Hofgut Rauenthal) aufgestellt am 20. Januar 1966, damals noch Gemarkung Oberafferbach, ab 1977 nach Glattbach »umgliedert«

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Oberafferbach - Saubusch - Vorderer Saubusch aufgestellt am
14. Oktober 1971

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

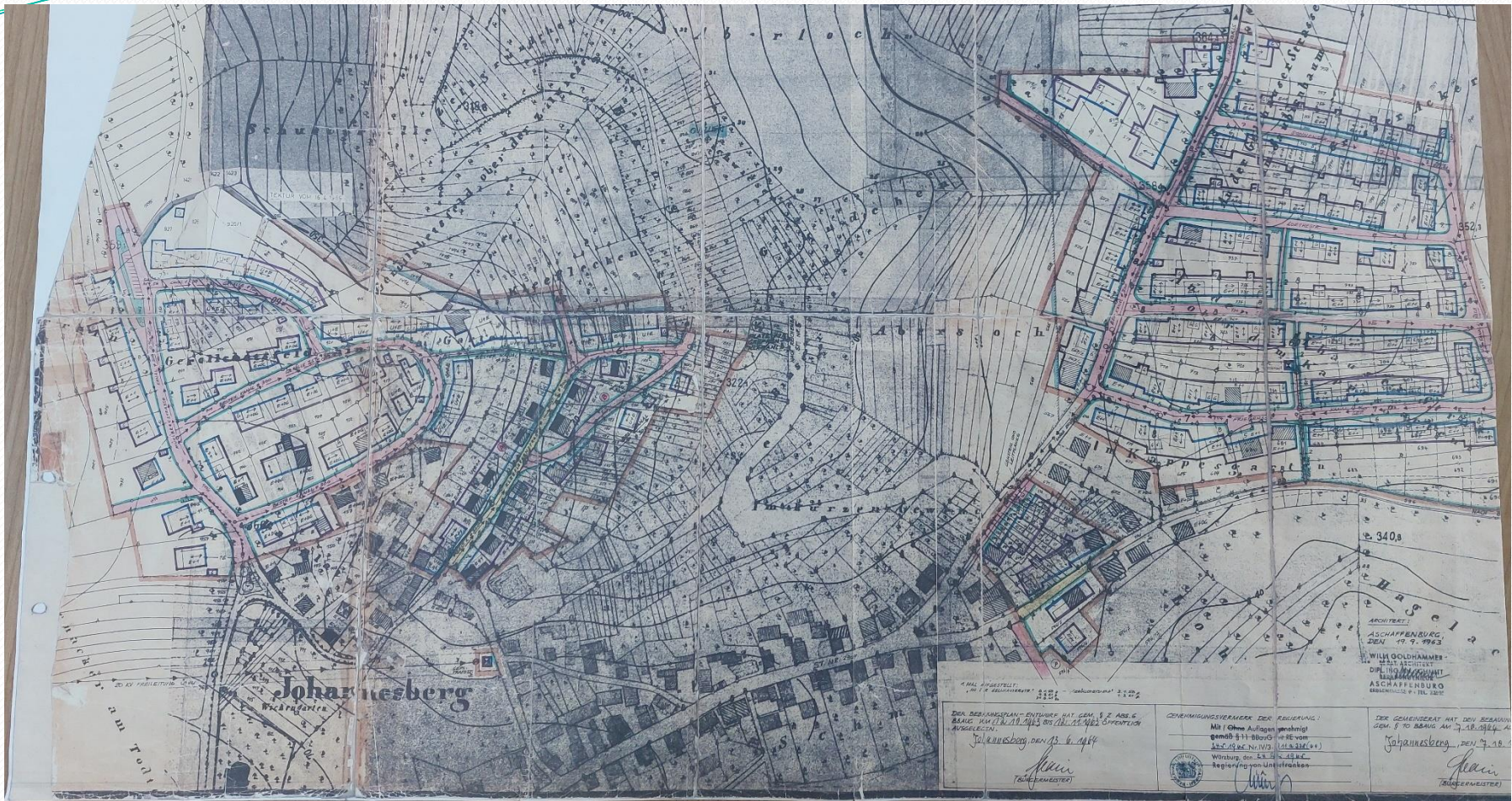


Oberafferbach

Bebauungsplan »Hinterer Saubusch« aufgestellt 03. August 1982,

Satzung am 03. Juni 1986

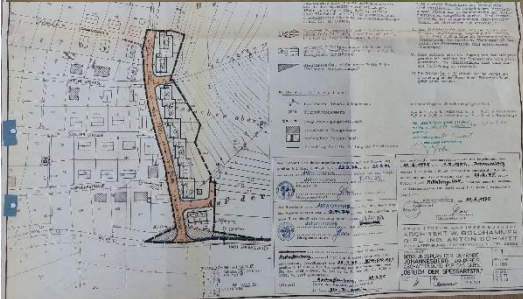
Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Johannesberg

Bebauungsplan »Gellhauser Straße/Geröllchetsfeld« aufgestellt das 1. Mal am 08.01.1958; rechtsverbindlich ab 15. Juli 1965; obwohl die Umlegung. geschweige denn die Erschließung noch nicht abgeschlossen war, durften die ersten Bauwilligen schon anfangen.

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Aktuelle Aufnahme März 2023
zur Verfügung gestellt
vom Tower Ringheim

Johannesberg
Bebauungsplan »Östlich der Spessartstraße« aufgestellt am 02.07.1974
rechtsverbindlich am 22. Mai 1975;

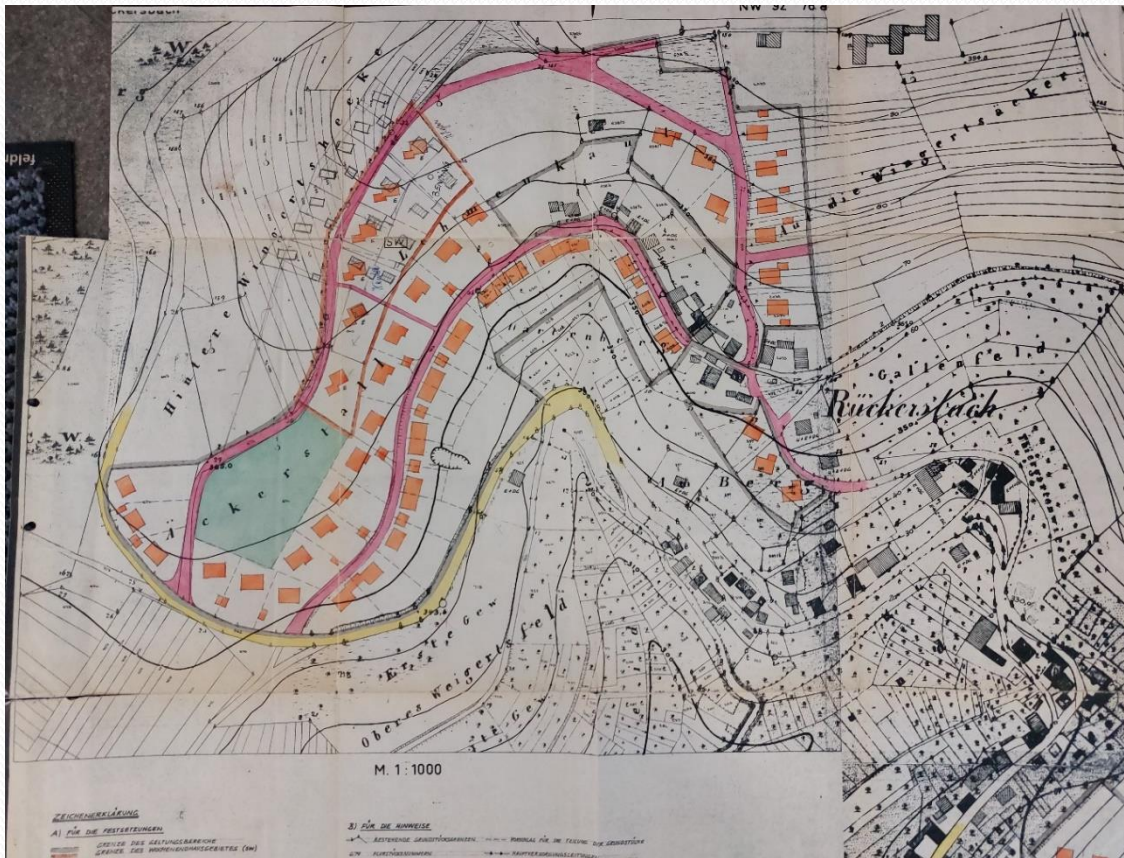
Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Johannesberg
Bebauungsplan »Gelnhäuser Straße Nord-West« aufgestellt am 17.08.
1987; rechtsverbindlich am 18.01.1990;

Vorboten der Gebietsreform

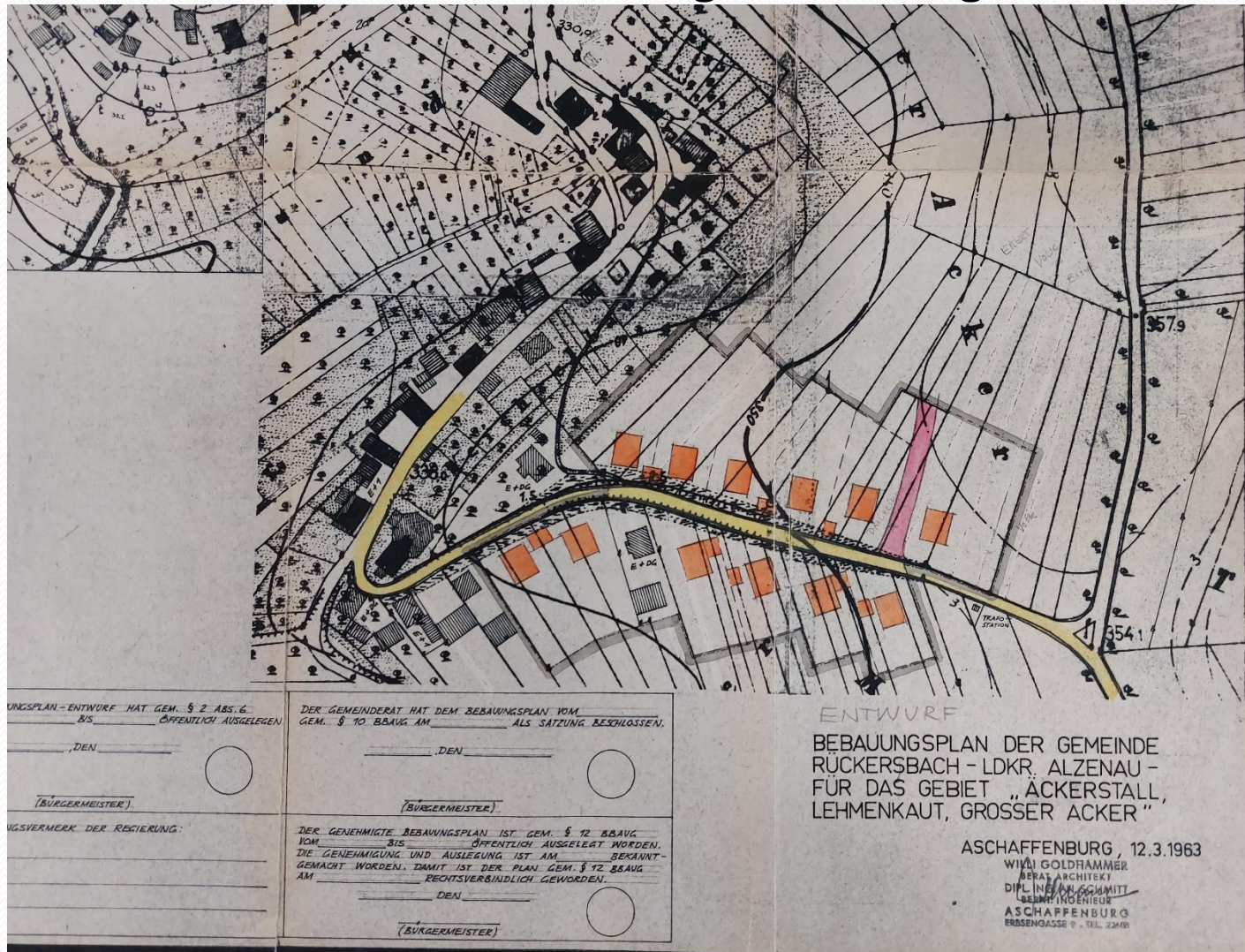
Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Ruckersbach, Ackerstall-Hartenberg-Kressenberg, Entwurf 12. März 1963, Satzung 17.10.1972; die Grundstücksverkäufe von der Gemeinde Ruckersbach an »Einheimische« mussten 1973 rückabgewickelt werden. Sie wurden vom Landratsamt für nichtig erklärt und wurden reibungslos wieder rückübertragen. Danach wurden die gemeindlichen Bauplätze neu ausgeschrieben und jeder konnte sich für 50,00 DM/m² neu bewerben.

Vorboten der Gebietsreform

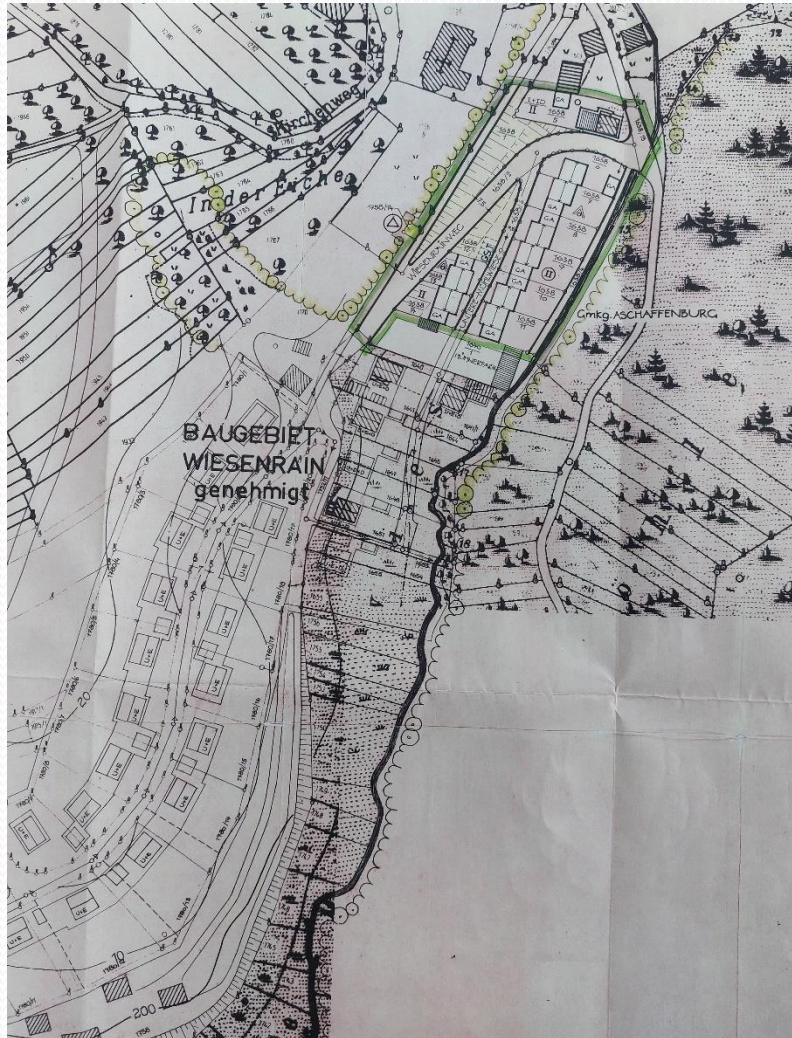
Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Rückersbach, Lehmenkaute Entwurf vom 12. März 1963, Satzung vom 17.10.1972

Vorboten der Gebietsreform

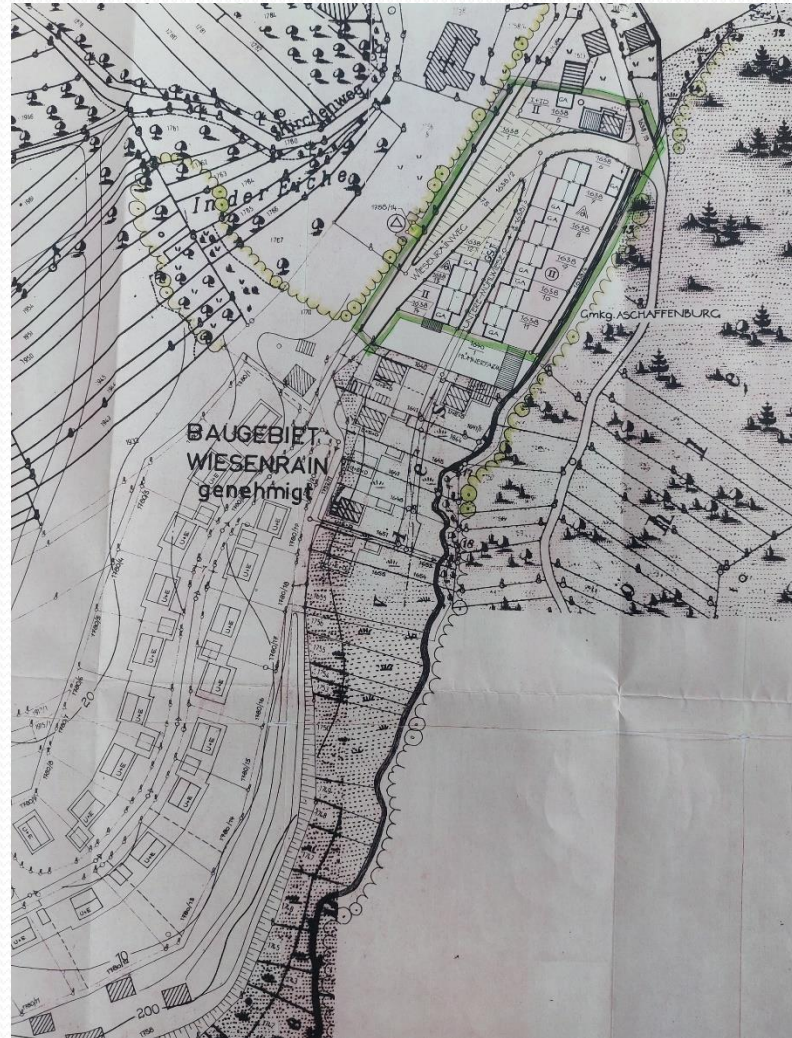
Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Nicht unerwähnt
bleiben soll die
Bungalowsiedlung
»Harries« - Außen-
bereichsfläche

Steinbach, Wiesenrain aufgestellt 26.04.1962, Satzung vom 29.01.1972 -
teils als reines Wohngebiet ausgewiesen

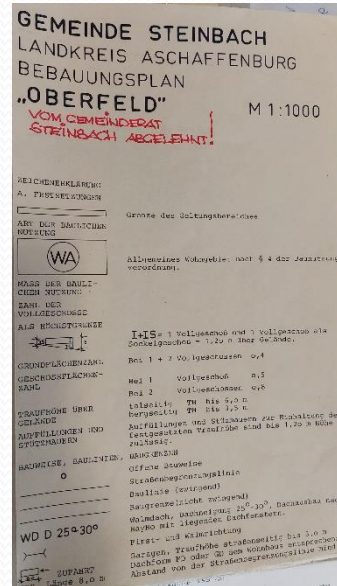
Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Steinbach, aufgestellt 26.04.1962, Satzung 29.01.1972 - Untere Mühlwiesen
(Wiesengrundweg)

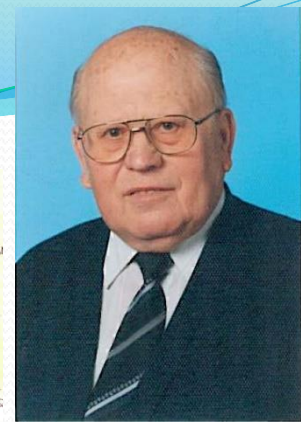
Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

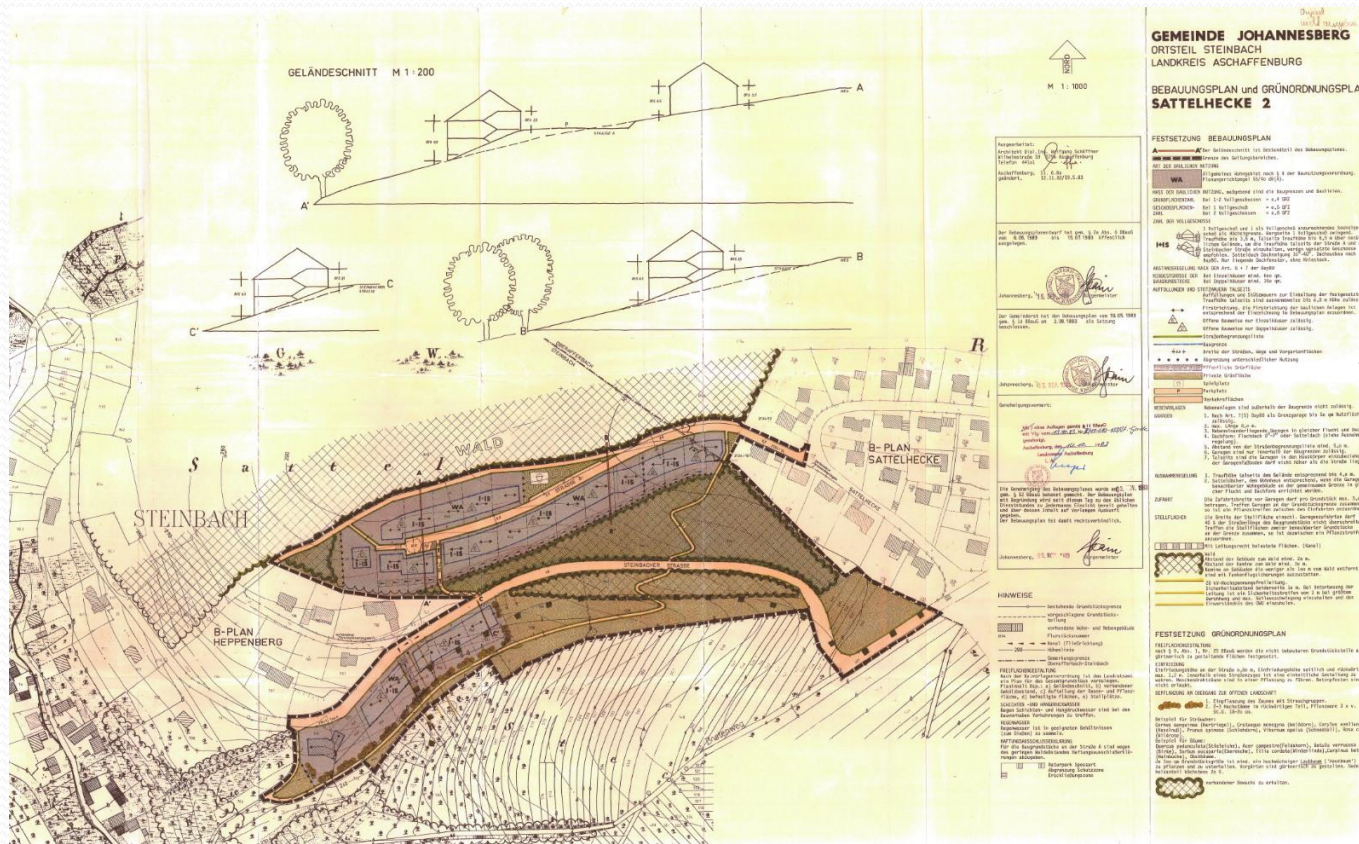


Steinbach, Oberfeld 1. Entwurf vom Steinbacher Gemeinderat abgelehnt, es erfolgte eine Bebauung mit Privaterschließung, ein Bebauungsplanverfahren wurde am 05.03.1985 (Satzung am 06.05.1986) mit sehr schmerzhaften Erschließungsmaßnahmen nachgeholt. Am 11. Februar 2022 waren die Baumaßnahmen abgeschlossen.

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Eugen Kampfmann
2. Bgm von 1969
bis 1972



Steinbach, Sattelhecke 2 (Untere Sattelhecke), 1983 aufgestellt
Eugen Kampfmann, ehemaliges Gemeinderatsmitglied in Steinbach, wehrte sich gegen die Übernahme des Verkaufserlöses in den Gemeindehaushalt - denn die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen seien zur Finanzierung der Steinbacher Abwasseranlagen gedacht gewesen, um die Bürger beitragsfrei zu halten.

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Nach Angaben des ehemaligen 2. Bürgermeisters von Steinbach, Toni Hofmann (1972 bis 1978), erwarb die Gemeinde Steinbach Grundstücke im Bereich des heutigen Unterklinger und Am Klinger von privater Seite für 1 DM pro m² und verkaufte dann die Grundstücke »gewinnbringend« für 1 DM pro m². Das Geld war sekundär. Wichtig war vielmehr der Bevölkerungszuwachs.

Flächennutzungsplan der Gemeinde Steinbach, der erst viel später in den Flächennutzungsplan der Gemeinde Johannesberg integriert wurde.



Vorboten der Gebietsreform

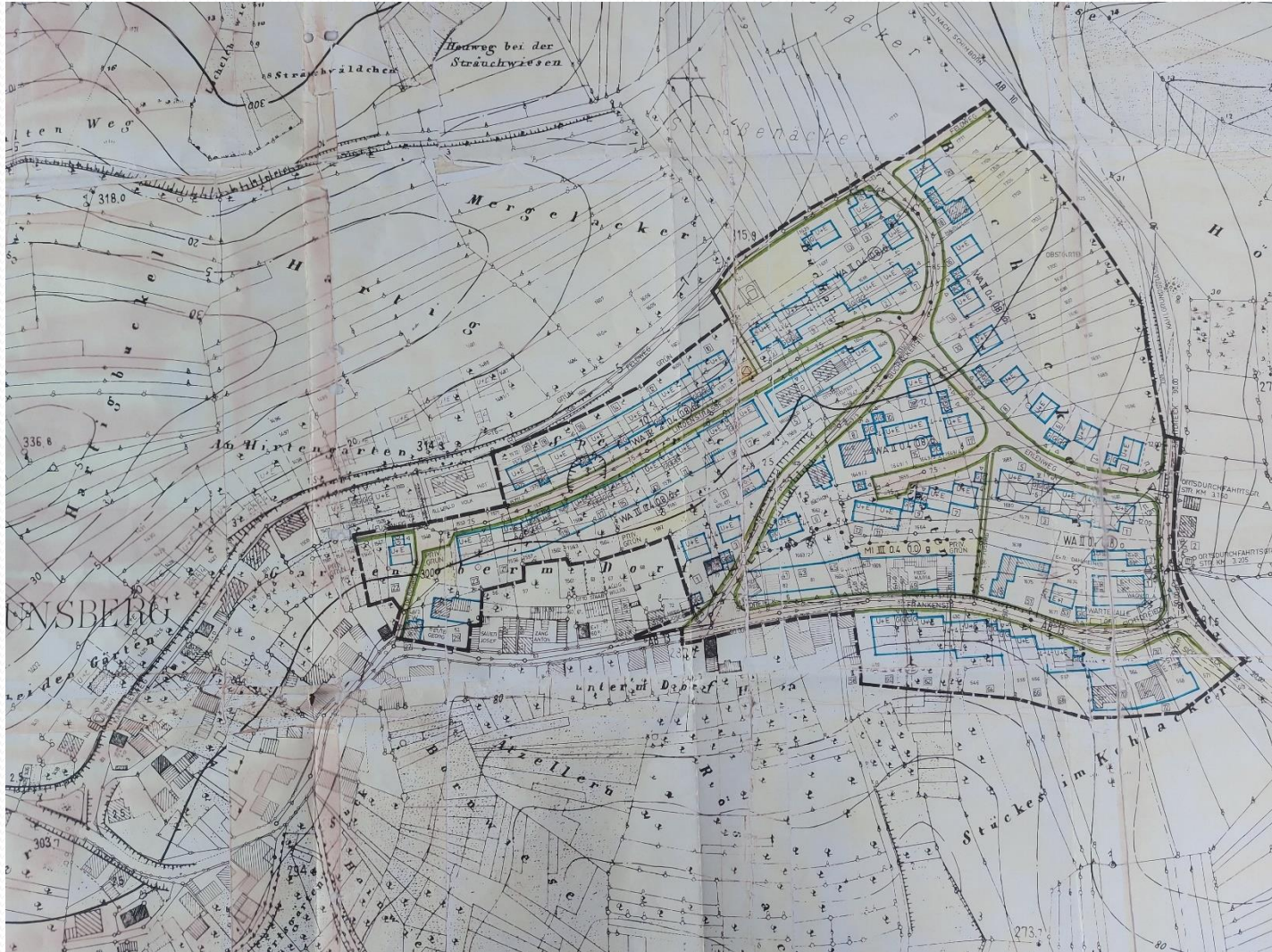
Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Die Gemeinde Breunberg stellte am 01.06.1969 den Bebauungsplan »Leimenkaute« auf, der am 02.04.1971 als Satzung beschlossen wurde.

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Die Gemeinde Breunberg stellte am 05.11.1971 den Bebauungsplanentwurf Breunberg-Nord-Ost auf, der am 22.04.1975 als Satzung beschlossen wurde. 40

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen



Das Baugebiet »Höhlloch« (heute: Ulmenstraße) durfte schon vor der Rechtskraft des Bebauungsplanes - aufgestellt am 30.01.1973 (Satzung am 21. Mai 1974) bebaut werden. Die »nachträgliche« Erschließung war mit reichlich Ärger und Mehrkosten verbunden. Beste Buchen mussten gefällt werden!

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Besprechung vom 05.06.1973

V o r m e r k u n g

Ergebnis:

Der Umfang der o.a. Baugebiete muß erheblich gekürzt werden. Dies wurde der Gemeinde Johannesburg bereits mit Schreiben d Landratsamtes vom Januar 1973 mitgeteilt.

Die erheblichen Abstriche am Umfang der Baugebiete sind desh erforderlich, weil der Umfang der Baugebiete mit der landesplanerischen Stellungnahme übereinstimmen muß.

Inzwischen wurden für diese Gebiete Umlegungsverfahren eingeleitet bzw. Straßen- und Kanalprojekte in Auftrag gegeben dadurch bei allen beteiligten Eigentümern z.Tl. vorerst nicht erfüllbare Hoffnungen geweckt.

Um endgültig Klarheit zu erhalten, in welchem Umfang für die Ortsteile Breunsberg und Rückersbach der Gemeinde Johannesbe Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden können, soll der gesamte Fragenkomplex beim Unterzeichneten

Betreff: Baugebiete!

- A) I) "Hintere Wingertshecke, Äckerstall - Lehmenkaut - Hartenberg"
- II) "Wingertsäcker - Hahlenfeld"
- III) "Große Äcker"
Ortsteil Rückersbach, Gemeinde Johannesber
- B) I) "Breunsberg - Nord - Ost"
"Breunsberg - Höhlloch"
Ortsteil Breunsberg, Gde. Johannesburg

Das Landratsamt Aschaffenburg hob den mahnenden Zeigefinger, der »Umfang der Baugebiete« muss erheblich gekürzt werden.

Vorboten der Gebietsreform

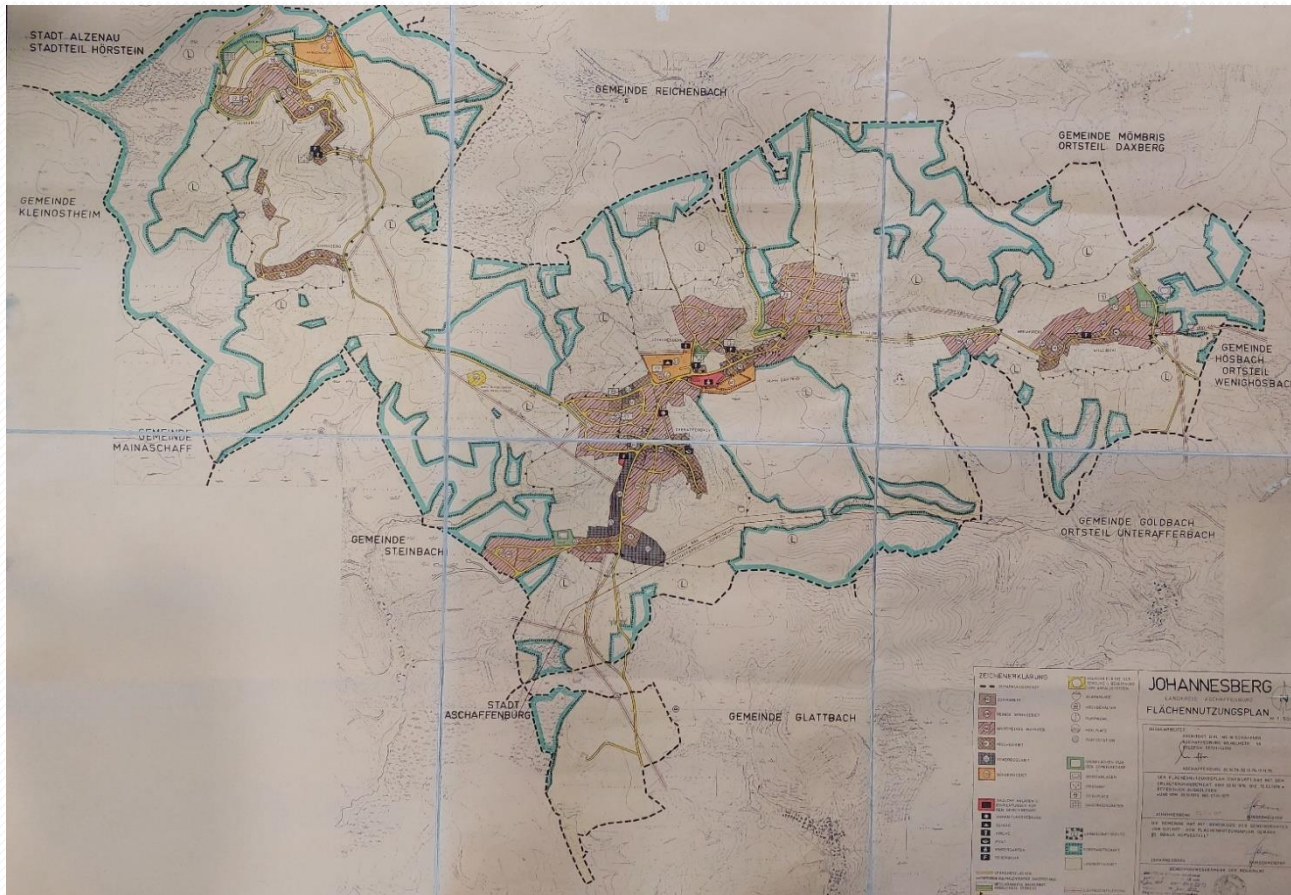
Wachstum, Auswirkungen und Folgen



1972 versprechen die Bürgermeisterkandidaten: »Es versteht sich von selbst, dass die in den vier Gemeinden teils begonnene, teils in der Planung begriffene Objekte vom neuen Gemeinderat« fortgeführt werden und ihre Weiterentwicklung zugesichert wird...«. Sie trafen genau den Punkt, der in der Bevölkerung heiß diskutiert wurde. Die Sorgen, die Befürchtungen der ehemals selbständigen Gemeinden sind jedoch zu großen Teilen nicht eingetroffen. Es wurde vieles eingelöst...

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

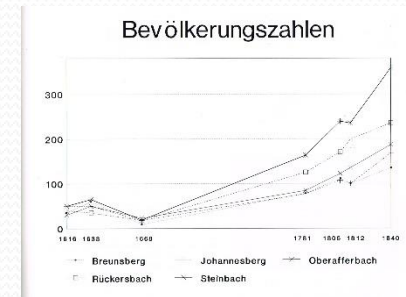


Ein Großteil der Bau- und Erweiterungswünsche wurde in den Flächennutzungsplanentwurf vom 17. Oktober 1972 (Rechtskraft 1977) aufgenommen. Im Verlauf des Verfahrens gab das Landratsamt Aschaffenburg bei der Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu bedenken, ob Johannesberg angesichts der enormen Baugebietsausweisungen wirklich anstrebe, zu einem Vorort von Frankfurt zu werden.

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Der enorme Anstieg der Bevölkerungszahlen findet sich kausal in der Aufstellung von Bauleit- und Bebauungsplänen. Die Auswertung lässt ohne jeden Zweifel den Schluss zu, größer zu werden, in der neuen Gemeinde »nicht unterzugehen«.



	1960	1980	2021	von 1960 bis 2021
Breunsberg	236	470 99,15 %	566	135,59 %
Johannesberg	458	800 74,67 %	1080	135,81 %
Oberafferbach	839 *	1300 54,95 %	1505	75,20 %
Rückersbach	270	330 22,22 %	512	89,63 %
Steinbach	370	510 37,83 %	614	37,84 %
	1910	3410	4277	123,93 %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Alle noch selbständigen Gemeinden machten sich auf den Weg, neues Bauland auszuweisen und das in einem, für die vormalige Größe der Gemeinden stattlichen Umfang. Flächenversiegelung war zu dieser Zeit noch kein Thema.

Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Kapitel »Infrastruktur« - die topographische Lage fordert ihren Tribut Fluch oder/und Segen

Mit der Ausweisung der Baugebiete und deren Genehmigungsfähigkeit wurde die Schaffung der Infrastruktur zu einer Herausforderung. Dies betrifft zwar auch den Neubau von Straßen, aber vielmehr die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung. Ohne diese beiden »W & A« war an eine Genehmigungsfähigkeit der Bebauungspläne nicht zu denken.

Zwar befanden sich in den Gemeinden Breunsberg (1962) und Johannesberg (1964) sogenannte Erd Faulbecken, aber die waren den neuen Gebäudezuwächse nicht mehr gewachsen.



Erd Faulbecken
Johannesberg



Breunsberg



Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Mit Beschluss der Regierung von Unterfranken Nr. II 4-1057a3 vom 14. Mai 1962 wurde unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Josef Kerpes, Landkreis Aschaffenburg, der »Zweckverband Fernwasserversorgung Spessartgruppe« gebildet. Ihm gehörten die bereits erwähnten, damals selbständigen Gemeinden Steinbach, Oberafferbach, Johannesberg, Rückersbach, Breunsberg und Daxberg als Gründungsmitglieder an.

Betriebsgebäude des Zweckverbandes in Hörstein



Ein eigenes Kapitel wäre die Auflösung der Wassergenossenschaften, die keinesfalls reibungslos verlief!

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Thema »Abwasser« für ein Wochenseminar geeignet

Die Gemeinde Oberafferbach vergab in der Dezembersitzung 1971 den Neubau einer Kläranlage - den Zeitungsberichten nach ein Jahrhundertbauwerk, das aber das Jahrhundert beinahe nicht überstanden hätte. Sie wurde 1975 in Betrieb genommen. Die Kosten 450.000 DM.

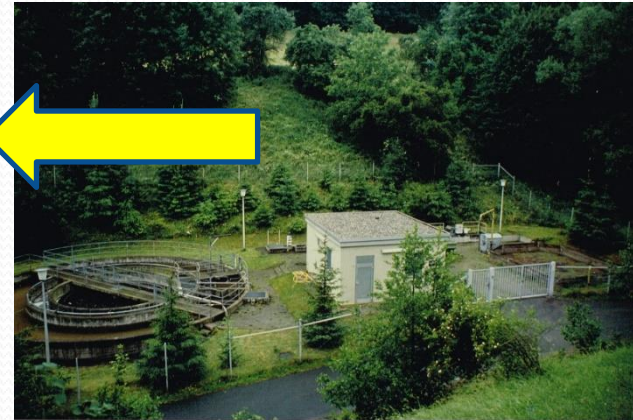


Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Rückersbach

Am 02. Juni 1977: Spatenstich für Baugebiet Rückersbach, am 26. Juni 1981 geht die Kläranlage in Betrieb - Kosten sind in der Summe der Baulanderschließung eingerechnet.



Johannesberg

21. September 1986

Anschluss des Ortsteils Johannesberg Kosten 641.000 DM an den Zweckverband Abwasserbeseitigung Kahlgrund; die Erdfaulbecken bleiben vorerst als Rückhalte bestehen. Es war aber noch lange nicht das Ende mit den Fischereiberechtigten am Reichenbach

Steinbach

1988 wurde die Kläranlage in Steinbach fertiggestellt. Spatenstich am 14. Mai 1986; Kosten 4,5 Millionen DM; Staatszuschuss 63,4 Prozent



Breunberg

Nach jahrelangen Verhandlungen am 19. März 1992 Anschluss an die Stadt Aschaffenburg über Hösbach; Kosten 1,8 Mio. DM



Vorboten der Gebietsreform

Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Die Geschichte einer Erblast



Zu diesen Kosten ist der ständige Unterhalt und die Kosten der Kanalisation hinzuzurechnen.

Mit der Hebeanlage am Hagelhof verfügte die Gemeinde Johannesburg über sechs verschiedene Abwassersysteme. (!)

03. Juli 1973	Der Gemeinderat beschließt erstmals zur Deckung der Kosten für die Kanal- und Kläranlagen sowie deren Unterhalt eine Entwässerungssatzung.
---------------	--

Durch alle Legislaturperioden zieht sich die Problematik der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung. Jede Maßnahme wurde unterschiedlich abgerechnet, meist auf den jeweiligen Ortsteil verteilt. Der Unterhalt wurde auf alle Beitragszahler verteilt.

19. Januar 1993	Die Gemeinde Johannesburg steht vor einer schwer und nur mit viel Ärger lösbaren Aufgabe. Die Entwässerungssatzung ist nichtig und muss aufgehoben, bzw. durch eine neue ersetzt werden.
-----------------	--

Diese Satzungsproblematik war von Anfang an schlichtweg eine **Katastrophe**. Da für die VG Rauenthal, mehr noch für Glattbach dieses Problem nicht bestand, sind trotz dauerhaften Drängens von Johannesberger Seite Schritte zu einer rechtssicheren Lösung unterblieben. Anfänglich wurden die Abwasserprojekte staatlich hoch bezuschusst und später werden die Zuwendungen als kostendeckende Einrichtungen völlig eingestellt.

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Die Geschichte einer Erblast

Von wegen »kostendeckende Einrichtung«

Über die Jahre ist viel Geld aus dem Gemeindehaushalt in die Gebührenkalkulation geflossen. Zum Teil wurde auch der Erlös aus den Verkäufen von Bauplätzen für die »Minderung« der Beitrags- und Gebührenkalkulation verwendet. Die Kanalbenutzungsgebühr war also meist ein sogenannter »politischer« Preis. Das Abwasserthema findet sogar den Weg ins bayerische Fernsehen.

30. April 1983 | Unsere Gemeinde Johannesberg ist für die Sportsendung »Wir kommen nach...« ausgewählt worden. Sportjournalist Heinz Köppendörfer ist mit seinem Kamerateam zwei Tage (01. Mai 1983) in Johannesberg, um die sportlichen Aktivitäten aufzunehmen. Am 02. Mai 1983 wird die Sendung ausgestrahlt. (siehe auch Mitteilungsblatt Nr. 17 vom 28. April 1983).

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Die Geschichte einer Erblast

Von wegen »kostendeckende Einrichtung«



Trotz seiner Komplexität und für einen »Laien« nur sehr schwer vermittelbare, sprich durchschaubar Materie kam es 2009 sogar zu einem Bürgerbegehren mit Bürgerentscheid.



Stimmzettel für den Bürgerentscheid in der Gemeinde Johannesburg am 01. November 2009

Bürgerentscheid: »Verbesserung und Erneuerung der
Entwässerungsanlagen der Gemeinde Johannesburg«

Stimmen Sie folgender Frage zu?

»Sind Sie dafür, dass die umlagefähigen Kosten zur Verbesserung und
Erneuerung der Entwässerungsanlagen der Gemeinde Johannesburg
nicht wie vorgesehen zu 100 Prozent, sondern zu 70 Prozent in den
nächsten sechs Jahren über Beiträge und zu 30 Prozent
über zukünftige Abwassergebühren abgerechnet werden?«

Sie haben hier **eine** Stimme



Ja



Nein

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Die Geschichte einer Erblast



Foto Hauptstraße Mitte der 60er Jahre



Beispielhaft:
Starkregen in der Dorfstraße
»springende« Kanaldeckel

Jedenfalls war es von Vorteil, wenn noch keine Kanäle verlegt waren, denn die bereits verlegten sind bald wegen des Baugebietszuwachses zu klein geworden.

Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Die Technik und der gute Wille der Nachbargemeinden machten es möglich! Vieles wird besser!

Aufgrund der ständigen Anforderungen und der damit verbundenen Verschärfung an die Abwasserreinigung wären stete millionenenschwere Erneuerung unausweichlich geworden. Nach langjährigen, nicht einfachen Verhandlungen mit den Nachbargemeinden werden für die nächsten Jahrzehnte kostspielige Ersatzbauten vermieden:

24. April 2009	Beginn der Bauarbeiten »Anschluss der Kanalleitung von Rückersbach über Kleinostheim an den Zweckverband Abwasserbeseitigung Untermain (ZAU)« (Spatenstich) - Das Auftragsvolumen ging mit 621.000,-- Euro an die Firma Franz Kunkel, Neuhütten.
----------------	--

01. Dezember 2009	Das Pumpwerk, mit dem die Abwässer des Ortsteils Oberafferbach in die Johannesberger Kanalisation und sodann Richtung Kläranlage des Zweckverbandes Abwasserentsorgung Kahlgrund geleitet wird, geht offiziell in Betrieb.
-------------------	--

Die Lehre aus all diesen Erfahrungen war, bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2000 »Baustoppllinien« vorzusehen (einstimmiger Beschluss!) Es wurden sogar 4 Hektar Bauland herausgenommen.



Vorboten der Gebietsreform Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Trotz allem gelang die Entwicklung unserer Gemeinde Johannesberg wie wir sie heute kennen - natürlich mit reichlich Anstrengungen!



Ortsteil Breunnsberg



Ortsteile Johannesberg und Oberafferbach



Ortsteil Rückersbach



Ortsteil Steinbach

Vorboten der Gebietsreform von Wachstum, Auswirkungen und Folgen

Einstieg in die Gebietsreform

Es gibt drei Wege klug zu handeln:

Der 1. Weg ist der des Lernens, das ist der Edelste.

Der 2. Weg ist der des Nachahmens, das ist der Leichteste

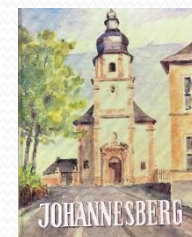
Der 3. Weg ist der der Erfahrung, das ist der Bitterste.



Es gab kein Gesamtkonzept - wer wollte das denn auch angehen oder koordinieren - bei dieser recht unterschiedlichen Interessenlage war eine derartige Konzeption zweifelsfrei auch nicht gewünscht, sozusagen kontraproduktiv, denn jeder wollte ja für sich größer werden.

Feststeht, dass bei der Frage »wer mit und zu wem« der geschichtliche Zusammenhang nicht wirklich eine Rolle gespielt hat und meiner Meinung nach schon gar nicht hinterfragt wurde.

Das Wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge spielte nicht wirklich eine Rolle.



Einstieg in die Gebietsreform

Ratio stand eher nicht Pate, sondern reichlich Emotio - entschied der Kopf, der Bauch oder das lockende Geld aus der Staatskasse?

Es wurden viele Versammlungen abgehalten, die Bürgerinnen und Bürger für alle denkbaren Konstellationen zu überzeugen. Von Pfarrer Adam Fell ist überliefert: Bei den Fürbitten soll er gebetet haben:

»Dass Du die Reichenbacher erleuchten und zum heiligen Johannesberg führen mögest«. Die Antwort der Gläubigen: »Wir bitten dich erhöre uns.«
Wie wir wissen, entschieden sich die Reichenbacher mehrheitlich anders.



Einstieg in die Gebietsreform

Daxberg kam am 01. Januar 1973, Reichenbach am 01. Januar 1976 zum Markt Mömbris.



Luftbild von Reichenbach



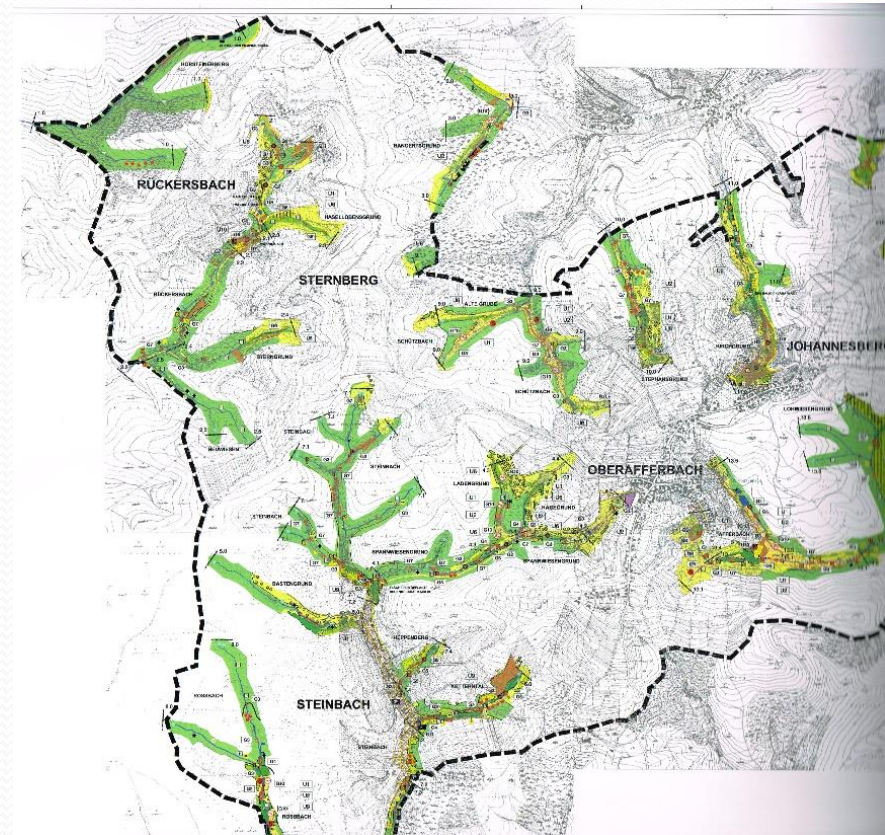
Luftbild von Daxberg

Einstieg in die Gebietsreform

Das Wasser fließt bergab...sollen die Worte des Reichenbacher Bürgermeisters Gottlieb Stadtmüller gelautet haben, womit er die Richtung zum Markt Mömbris vorgegeben hat...

das war eine von vielen Begründungen, Ausreden. Der Höhenrücken gibt den Ortschaften den Namen wie

- Bach am Hörsteiner Berg
- **Rückersbach**
- Bachlauf am Bangertsgrund
- Spannweisenbach
- Bachlauf im Bastengrund
- Bachlauf im Ketterntal
- **Steinbach im Ortsteil Steinbach**
- Rossbach
- Schützbach
- Bachlauf im Stephansgrund
- Bachlauf im Kirchgrund
- Steinbach (nördlich von Breunsberg)
- **Afferbach**
- Bachlauf im Kammerwald
- **Hösbach**
- **Reichenbach**



Einstieg in die Gebietsreform

Am 30. Juni 1972 war Schluss...

An diesem Tag, 24.00 Uhr, endete unwiderruflich die Amtszeit der jeweiligen Bürgermeister und der Mitglieder des Gemeinderates.

Eine namhafte Persönlichkeit (Kultusminister), dessen Vater Ministerpräsident war, wird später sagen, es ist nicht alles richtig gelaufen. Man habe engagierte Menschen, die in den Familien mit deren Verwandtschaft in die Ortspolitik eingebunden waren, wegrationalisiert.



Einstieg in die Gebietsreform...

Der Neubeginn...

Die Parteien brachten sich mit ihren Kandidaten in Stellung, die SPD gründete im Vorfeld einen Ortsverband und zwar am 03. Mai 1972.

Zur Wahl traten an: Die FWG mit dem Bürgermeisterkandidaten Josef Franz, die CSU mit dem Bürgermeisterkandidaten Hans Glaser sowie die SPD, die aber keinen Bürgermeisterkandidaten stellte. Die Listen und die Namen können den Ausstellungstafeln entnommen werden.

In Wahlversammlungen mit Vorstellung der Kreistags- sowie der Gemeinderatskandidaten, politischen Frühschoppen warben die Gruppierungen um Stimmen. Werner Peters schreibt als Gemeinderatskandidat im Mitteilungsblatt vom 06. Juni 1972: »...dass auch wir gute Kandidaten in der SPD haben...«

Pfarrer Adam Fell schreibt unter anderem in der Gottesdienstordnung: »...Allen Wahlberechtigten wünsche ich als Pfarrer den Geist der Weisheit, des Rates und der Gottesfurcht...«.

Lesenswert der Artikel: »Die Einwohner vom Ortsteil Breunsberg« an den Bürgermeister mit Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Breunsberg!«
(Mitteilungsblatt Nr. 27 vom 06. Juli 1972 - siehe Ausstellungstafel)

Der Neubeginn...zu aller erst hatten die Kandidaten das Wort

Ein großes Thema war offensichtlich, ob der künftige Bürgermeister ehrenamtlich oder hauptamtlich wäre, da sich im Mitteilungsblatt »Richtigstellungen« finden. Glattbach hatte schon seit 1966 einen hauptamtlichen Bürgermeister. Im ganzseitigen Zeitungsbericht vom 06. Juni 1972 stellen sich die Bürgermeisterkandidaten Josef Franz von der »FWG« und Hans Glaser von der »CSU« vor. Lesen Sie die interessanten Ausführungen. Es findet sich dort auch schon der Bau einer Mehrzweckhalle. Auch ein Schwimmbad soll dem Vernehmen nach vorgesehen worden sein, worüber ich aber keine Aufzeichnungen gefunden habe.



Juni 1972, wurde in vier Wahlbezirken gewählt:

Ein denkbar knappes Ergebnis spiegelt das heiße Ringen wider:

Hans Glaser: 657 Stimmen

Josef Franz: 622 Stimmen

35 Stimmen bei 1.613 Wahlberechtigten
(Zeitungsbericht vom 20.11.1972)



Von Null auf fast 100

1 Bürgermeister - 14 Gemeinderäte

Am 06. Juli 1972 fand die konstituierende Sitzung statt:

Erich Bayer (2. Bgm.), Josef Glaser (3. Bgm.), Josef Franz, Ernst Flaschenträger, Udo Mauritz (ab 05. Februar 1974 Theo Geis), Hugo Eisert, Alois Hain, Erich Bathon, Erwin Kraus, Franz Eizenhöfer, Karl-Heinz Henn, Hermann Ertl, Christian Schlegel und Ernst Sauer (ab 21. Februar 1978 Benno Bathon). Am 01. Juni 1976 rückte Georg Herzog bei den Freien Wählern nach, da Bürgermeister Alois Hain zum Bürgermeister gewählt wurde.



Von Null auf fast 100

In der genannten Sitzung am 06. Juli 1972 mit den Vereidigungen werden die ausgeschiedenen Bürgermeister samt deren Gemeinderatsmitglieder verabschiedet. In der Sitzungsniederschrift ist vermerkt, dass die Bürgermeister eine Johannesberger Goldmünze, die Gemeinderäte und die Gemeindegassiere einen Boxbeutel erhalten haben. Wer teilgenommen hat, fehlt im Protokoll.

Anton Staab bedankt sich in Namen der Geehrten!



Von der Ehrung selbst gibt es kein Foto. Deshalb ein Bild mit Oberafferbacher und Johannesberger Gemeinderäten; auf dem Foto von links: Alois Hain, Anni Rosenberger, Josef Glaser, Christian Schlegel, Ferdinand Deller, Konrad Herzog, Adam Wombacher, Simon Sauer, Walter Jäkel, Ernst Sauer, Fritz Geis, Josef Wüst-Kassier, Gunther Stadtmüller und Domenikus Hain-Kassier?

Von Null auf fast 100



Für 18. Juli 1972 sowie 01. August 1972 waren schon die nächsten Sitzungen terminiert. Es erfolgte auch sogleich der Aufbau einer Verwaltung:

Das Anwesen Oberafferbacher Straße 12, das frühere Oberafferbacher Rathaus, wird zum Sitz und zum Mittelpunkt der politischen Gemeinde bestimmt. Die Sitzungen werden im Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr Oberafferbach, Seestraße 1, abgehalten. Verwaltet wurde die Gemeinde vom früheren Oberafferbacher Bürgermeister Adam Wombacher, der das Pass-, Einwohner-, Renten- und Standesamtswesen leitete. Er fand in diesem Ressort Unterstützung durch Gertrud Kraus. Das Kassenwesen oblag Josef Wüst und Herta Thiele. Sie alle waren die Frauen und Männer der ersten »Verwaltungsstunde«. Josef Wüst blieb nach seiner Pensionierung der Gemeinde Johannesberg als »Schütz« erhalten.

Von Null auf fast 100

Am 01. April 1973 kam Kurt Fäth als Geschäftsleiter zur Verstärkung hinzu. Seinen Aussagen zufolge ging es kreuz und quer. Von einer geordneten Übergabe etwaiger Unterlagen könne keine Rede sein, einen Einheitsaktenplan gab es noch nicht. Es seien zum Teil Zuschüsse geflossen, obwohl mit den Maßnahmen noch gar nicht begonnen wurde. Am 01. September 1973 kam Karin Bäckmann (Theobald) als Auszubildende hinzu.



Josef Wüst
ehrenamtlich

Es gab eine Menge zu tun...



Von einer geordneten Übergabe der Unterlagen kann keine Rede sein. Es musste zu großen Teil das, was noch vorzufinden war, beigeholt werden. Diese Ordnung herzustellen, sollte noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Es wurden sogar 1990 drei Koffer mit gemeindlichen Schriftstücken aus Gießen wieder »zurückgebracht«.

Obwohl schon zum Teil in den Neubaugebieten privat mit dem Bauen angefangen wurde (werden durfte), waren noch die Baulandumlegungen durchzuführen. Die Veränderungsnachweise (VN) waren noch nicht grundbuchreif, geschweige denn begonnen. Auch diese Arbeiten können erst in den nächsten 20 Jahren mit den Vermessungen einigermaßen abgeschlossen werden, womit auch die Beitragsbescheide zustellbar wurden (Ärger pur).

Einschub: Art. 36 Gemeindeordnung:

Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat und vollzieht seine Beschlüsse.

Die Frage erübrigt sich auch heute noch, wer das alles auszubaden hatte...

Es gab eine Menge zu tun...



und es gab eine Fülle an Aufgaben, die zu vollziehen waren. Der Elan ist auch heute noch bewundernswert. Es galt die zahlreich angefangenen Bauleitpläne weiterzuführen. Mit reichlich Mut wurde der erstmalige Bau einer Turnhalle begonnen, die abweichend von den förderfähigen Kosten 1/3 größer gebaut wurde.



09. September 1974 Die Gemeinde Johannesburg leistet sich für 650.000 DM eine neue Schulturnhalle (15 x 27 m). Der erste Spatenstich ist für diesen Tag registriert. Bürgermeister Hans Glaser legt am 27. September 1974 den Grundstein.

Es gab eine Menge zu tun...



Foto 1998



Foto 2002

1974 befasste sich der Gemeinderat in 21 Sitzungen mit 350 Punkten (im Schnitt 16 Tagesordnungspunkte). Bauträger für den neuen Kindergarten war der Johannesverein mit seinem 1. Vorsitzenden Pfarrer Adam Fell. Die Gemeinde Johannesberg zahlte ein Drittel der Kosten in Höhe 600.000 DM, die dann auf 900.000 DM angewachsen sind. Die Einweihung ist am 08. Juni 1975. Der Vereinsring startet für 18. bis 21. Juli 1975 ein Kindergartenfest. Der Reinerlös von 35.000 DM wird für den Kindergartenbau gespendet.

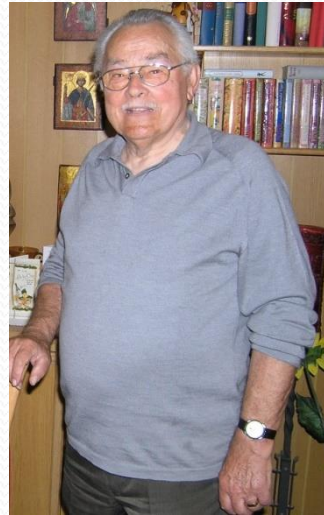
14. Juli 1985 Der Neubau des Kindergartens »Sankt Johannes« am »Pfarrwaldacker« wird 10 Jahre alt. Der Kindergarten selbst existiert bereits seit 1916, seit 1918 war er im jetzigen Schwesternhaus, einem ehemaligen Wirtshaus, untergebracht.



Und was tat sich in der Gemeinde Steinbach... und was wäre wenn...?

Auch in Steinbach bekamen die Kandidaten in der Ausgabe des Main-Echo vom 07. Juni 1972 das Wort:

Johann Sauer (SPD-FW) und Willi Hartmann (CSU-PL)



Weder in der Tageszeitung noch in den Mitteilungsblättern findet sich ein detailliertes Wahlergebnis!

»...Wer in Steinbach kein eigenes Fahrzeug hat ist verlassen und vom Verkehr abgeschnitten...«

Wahlsieger war Johann Sauer
Wahlberechtigte: 320
Wähler: 277

Und was tat sich in der Gemeinde Steinbach... und was wäre wenn...?

In Folge umwarb insbesondere der CSU Ortsverband Johannesberg mit zahlreichen Besprechungen und Schreiben die Gemeinde Steinbach. Die staatliche Rechnungsprüfungsstelle listete im Schreiben vom 04. Dezember 1973 die Fördermöglichkeiten bei verschiedenen Konstellationen auf.

- VG Steinbach - Glattbach
- VG Glattbach - Steinbach - Johannesberg
- VG Glattbach - Johannesberg (Steinbach eingemeindet)

Johannesberg überlegte, im Falle einer VG sogar eine eigene Straße von Steinbach nach Glattbach über den Himbeergrund zu schaffen.

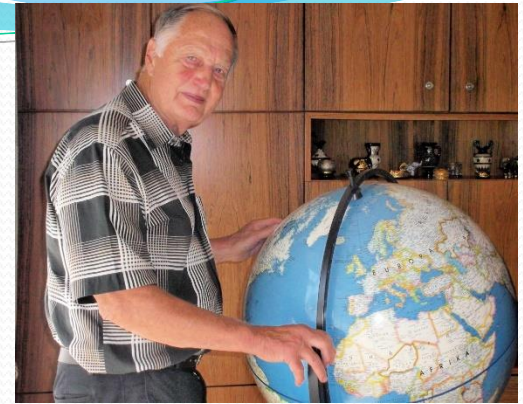
Einwohner von Glattbach (Stand 31.12.1974):	2892
Einwohner von Johannesberg nach Eingliederung von Steinbach:	2967
Einwohnerzahl Johannesberg ohne Steinbach	2510

Förderbetrag für eine VG 231.360 DM

Und was tat sich in der Gemeinde Steinbach... und was wäre wenn...?

»Die Stadt Aschaffenburg informiert«, heißt es in dem Flugblatt, das von Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland unterschrieben ist und der zu einer Informationsveranstaltung für Samstag, 07. Dezember 1974 in die Gaststätte »Zum Grünen Tal« einlädt, an der 100 Steinbacher teilgenommen haben. Im Nachgang hagelt es heftige Kritik am Vorgehen des OB, denn eine Absprache mit dem Stadtrat ist unterblieben. Alle Details finden sich in der Ausgabe des Heimat- und Geschichtsblatt Jahrgang 2002, Nr. 16 (Verfasser: Archivdirektor Dr. Hans Bernd Spies). Selbst das ME spricht in der Ausgabe vom 06. Dezember 1974 von einem »ungewöhnlichen Verfahren«. Die unüberlesbaren und unüberhörbaren Zeichen, worin die Eingliederung Steinbachs zur Stadt Aschaffenburg als »unorganische Ausweisung« bezeichnet wird, werden sicherlich gewollt nicht wahrgenommen.

Dr. Willi Reiland spielte insgesamt eine sehr undurchsichtige Rolle, was sich aus den Unterlagen belegen lässt. Die Beschwerde von Landrat Roland Eller an die Regierung von Unterfranken ließ nicht lange auf sich warten.



Es wurde nichts unversucht gelassen:

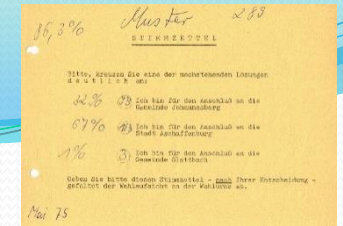
Nach polemischen Wortgefechten und der Vorhaltung, Steinbach wolle sogar aus der jetzigen Pfarrei ausscheiden, sprachen sich in einer namentlichen Abstimmung vier SPD-Gemeinderäte und Bgm. Johann Sauer für den Anschluss an die Stadt Aschaffenburg aus und zwar: Thea Sämann, Karl Zenglein, Gerd Siemen, Eduard Hofmann Vier votierten dagegen: Willi Hartmann, Peter Kehrer, Eugen Kampfmann und Anton Hofmann (ME 06. Juni 1975)

»inoffizielle Befragung« - Öl ins Feuer?

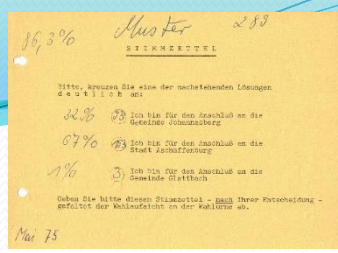
Dieser Gemeinderatssitzung war eine »inoffizielle Bürgerbefragung« am 04. Mai 1975 vorausgegangen, obwohl nach Aussage von Toni Hofmann schon klar gewesen sei, dass eine Eingemeindung zur Stadt Aschaffenburg nicht in Frage kommen könne.

Von den 335 Wahlberechtigten Steinbachs haben 289 = 86 % ihre Stimme abgegeben. Dabei entschieden sich

- 93 = 32 % für den Anschluss Steinbachs an die Gemeinde Johannesberg
- 193 = 67 % für den Anschluss Steinbachs an die Stadt Aschaffenburg
- 3 = 1 % für den Anschluss an die Gemeinde Glattbach«.



Heftig, die Wortmeldungen im Zeitungsbericht vom 10. Mai 1975



MAIN - ECHO

Samstag, den 10.5.75

Jobst von

Eine bessere Straßenverbindung und endlich eine Buslinie nach Steinbach

Umfrage in Steinbach: Was erwarten Sie vom Anschluß an die Stadt Aschaffenburg?

Die meisten der 335 wahlberechtigten Einwohner von Steinbach haben ein Herz, das für Aschaffenburg schlägt: Als sie am vergangenen Sonntag entscheiden konnten, wem sie nach Ende ihrer Selbständigkeit angehören wollen, stimmten 193 (67 Prozent) für einen Anschluß an die Stadt Aschaffenburg. Für ein Zusammengehen mit Johannesberg waren 93 Bürger (32 Prozent). Und nur drei Wähler (ein Prozent) gaben der Verwaltungsgemeinschaft mit Glattbach den Vorzug. Bei einer Umfrage in Steinbach wollten wir wissen: Was erhoffen sich die Steinbacher von Aschaffenburg?

Adalbert Kraus (76), Rentner: Ich kann bloß sagen, daß ich für Aschaffenburg



Werner Rupp (47), Vulkaniseur: Wir erhoffen uns, ehrlich gesagt, von Aschaffenburg nicht viel und von Johannesberg noch weniger.



es ja selbstverständlich, daß man für Aschaffenburg stimmt. Wir erhoffen uns, daß die Straße breiter wird und daß wir eine Busverbindung hier raus bekommen. Wir müssen ja oft in die Stadt — zum Beispiel zum Arzt. Mein Mann fährt morgens mit dem Auto zwar raus, aber um dreiviertel sieben ist es für den Arzt noch zu früh, und mittags ist oft keine Sprechstunde. Da muß man immer schauen, daß man einen findet, der einen mitnimmt. Sonst gehen wir auch schon mal zu Fuß. Und wir laufen lieber raus in die Stadt als den Berg hoch nach Johannesberg, auch wenn wir in der Stadt mal einkaufen wollen. Was wir uns sonst noch erhoffen? Vielleicht Zuschüsse für die Sportförderung und daß unsere Kinder dann in Aschaffenburg in die Schule gehen.

Werner Rupp (47), Vulkaniseur: Wir erhoffen uns, ehrlich gesagt, von Aschaffenburg nicht viel und von Johannesberg noch weniger. Das Wichtigste bei uns wäre die Unter-



hung bei Aschaffenburg besser fahren. Die Stadt streut und unterhält die Straße jetzt noch bis zum Ort. Ob sie daran auch noch Interesse hätte, wenn wir mit Johannesberg gingen, weiß man nicht. Ich komme jeden Tag in die Stadt, weil ich da arbeite. Dann wäre ich auch schnell im Rathaus. Nach Johannesberg müßte ich extra fahren. Und jetzt will ich Ihnen noch was sagen, warum ich für Aschaffenburg gestimmt habe: Schon bei der Schulzusammenlegung haben uns die Johannesberger bevormundet, und die fahren uns die ganze Zeit über'n Mund, wenn auch durch die Gänge. Fragen Sie mal die Rückersbacher: Nie wieder zu Johannesberg, sagen die.



Karl Glaser (65), Rentner: Nur hier hin nach Aschaffenburg — nie da raus nach Johannesberg. Den Grund sage ich Ihnen nicht. Aber das hat seinen bestimmten Grund, und dieser Grund besteht schon Jahrzehnte. Ich ziehe nicht da raus, und wenn ich allein für

Aschaffenburg gestimmt hätte. Auf jeden Fall erhoffen wir uns von Aschaffenburg Ihnen was sagen: Die Straße von Steinbach nach Aschaffenburg ist keine öffentliche Straße, sondern mein Leben lang ein Feldweg. Unsere Grenze ist unten am letzten Haus. Und wenn die Stadt unverschämt wäre und sagt: Ei was, Euch brauchen wir nicht. Ihr wollt nicht zu uns, und macht den Weg zu und läßt nur noch ihre Anlieger drauf — dann sind wir fertig und können obenrum marschieren. Und erkundigen Sie sich mal beim Bürgermeister, wie viel tausend Mark er nur an Fahrgeid für die Steinbacher Schulkinder zahlen muß. Das fällt ja flach, wenn wir bei Aschaffenburg sind.



Angelika Pfeiffer (19), Haushälterin: Wir arbeiten doch alle in Aschaffenburg, und da ist es besser, wenn wir zu Aschaffenburg gehören

würde wegen Rathaus wollen setzt. Nach Aschaffenburg doch immer in Straße von Aschaffenburg werden, dringend einen



Arbeit ja mitnehmen. Also k... sind auch die sel... Ich habe zwe... in die vierte Klasse und muß nach Glattbach, das andere muß nach Johannesberg, weil da die zweite und dritte Klasse sind. In Aschaffenburg aber wären beide in ein und derselben Schule zusammen.



Karl Glaser (65), Rentner: Nur hier hin nach Aschaffenburg — nie da raus nach Johannesberg. Den Grund sage ich Ihnen nicht. Aber das hat seinen bestimmten Grund, und dieser Grund besteht schon Jahrzehnte. Ich ziehe nicht da raus, und wenn ich allein für Aschaffenburg gestimmt hätte. Auf jeden

Das Landratsamt zur Beratung beiziehen...

In einem handschriftlichen Vermerk wird verlangt, es sei Herr Dr. Gerhard Engel vom Landratsamt zur Beratung hinzuzuziehen. Die Antwort von Bürgermeister Johann Sauer: »Wir brauchen niemand vom Landratsamt, denn das Landratsamt hat uns schon genug betrogen.«

Mit Schreiben vom 15. Dezember 1976 legte die Gemeinde Steinbach beim Bayerischen Staatsministerium des Innern in München, bei der Regierung von Unterfranken in Würzburg und beim Landratsamt Aschaffenburg Widerspruch gegen die vorgesehene Eingemeindung nach Johannesberg ein.

Die vielseitigen Signale wurden ausgeschlagen. Das Ergebnis ist bekannt:

01. Januar 1978	Nach der Freiwilligkeitsphase kommt im Zuge der Gebietsreform die Gemeinde Steinbach zwangsweise zu Johannesberg, nachdem sich der Gemeinderat mit 5:4 Stimmen für eine Zugehörigkeit zur Stadt Aschaffenburg entschieden hatte.
-----------------	--

Damit gingen auch 220.000 DM flöten, die im Falle einer Freiwilligkeit gewährt worden wären und die der noch jungen Gemeinde Johannesberg ganz sicher gut getan hätten.

Ein nicht unwesentlicher Punkt...

Von 1972 bis 1978 wurden von der Gemeinde Johannesberg mit ihren bis dahin vier Ortsteilen alle Vorhaben diskutiert, angegangen und zu großen Teilen auch umgesetzt. Es versteht sich, dass mit der erfolgten Zugehörigkeit des nunmehr neuen Ortsteils Steinbach nicht alle Projekte hintenangestellt werden konnten. So festigte sich die Vorhaltung aus Steinbach, das fünfte Rad am Wagen zu sein, die damals schon ungerechtfertigt war und erst recht heute nach 45 Jahren genauso als unzutreffend zu bewerten ist, denn es begann eine »Aufholjagd« sonders Gleichen.



man könnte Bücher schreiben

Die »Verwaltungsgemeinschaft Rauenthal« - eine unglückliche Allianz...

so lautet der Artikel im Heimat- und Geschichtsblatt Jahrgang 1994, Nr. 8.

01. Januar 1976	Die Gemeinden Johannesberg und Glattbach bilden eine Verwaltungsgemeinschaft mit dem Synonym »Rauenthal«. Die Gemeinde Reichenbach, über Jahrhunderte mit Johannesberg verbunden, wird als 17. Ortsteil in den Markt Mömbris eingegliedert.
-----------------	---

Der SPD Ortsverein weissagt im Main-Echo-Artikel vom 21. Mai 1973
»Verwaltungsgemeinschaft nur eine Übergangslösung«.

Am nachvollziehbarsten dokumentiert die Haltung zu einer VG das Arbeitspapier vom 21. Februar 1970: »...Wir können es uns nicht leisten, tatenlos zuzusehen, wie vielleicht in Anlehnung an das Schulbeispiel die regionale Zugehörigkeit zu Glattbach weiter ausgebaut wird mit Standesamt und Rathaus...«. Nicht ohne Wirkung blieb die Drohung Richtung Johannesberg von einem Bediensteten des Landratsamtes Aschaffenburg: »...wenn ihr der Umgliederung der 44 Hektar Rauenthal und Meiersäcker nicht zustimmt, werdet ihr nach Glattbach eingemeindet...«

Die »Verwaltungsgemeinschaft Rauenthal« - eine unglückliche Allianz...

Die VG stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Ihre Umsetzung fiel exakt in die Zeit, in der Bürgermeister Hans Glaser verstarb. Nicht selten war das Glattbacher Gemeinderatsmitglied Robert Schellenberger ein ausgleichendes Moment. Jedenfalls gelang es Johannesberg, mit dem Erhalt des Rathauses eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren.

Vor dem Bau des sogenannten Kolb-Hauses sollte auf diesem Grundstück der neue VG-Sitz errichtet werden. Die Idee blieb Idee...völlig auf Eis gelegt wurde ein Neubau am 15. Mai 1979.

Nach 17 Jahren war Schluss.



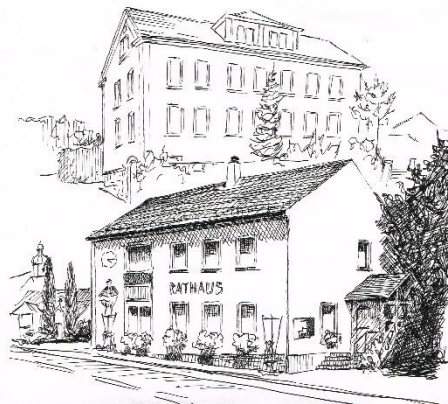
Die »Verwaltungsgemeinschaft Rauenthal« - eine unglückliche Allianz...

Das Thema Verwaltungsgemeinschaft »Rauenthal« füllt mehrere
Ordner!

Nach 17 Jahren war Schluss...

01. Januar 1994 Die »Verwaltungsgemeinschaft Rauenthal« ist per Gesetz aufgelöst. Die Gemeinde Johannesberg verfügt wieder in eigener Zuständigkeit über eine Rathausverwaltung.

Zeitgleich wurden auch Geiselbach und Waldaschaff aus deren VG entlassen.



Unbeschreiblich war das Gefühl des damaligen
Bürgermeisters, als er die Standesamtsbücher in
seinem privaten Pkw »heimgefahren« hat.

Die Flurneuordnung oder auch Flurbereinigung

17. Januar 1977

Die Flurbereinigungsverfahren Johannesberg/Breunsberg, Oberafferbach/Rückersbach und Steinbach werden »amtlich« angeordnet. Dieses Datum ist auch der formelle »Beginn«. Vor der Anordnung (1974) gibt es häufig verschiedene Gespräche und Schriftverkehr mit Bürgern, Bürgermeistern und Politikern, die dann zur formellen Anordnung der Verfahrensgruppe führen. Die Gemeinde Johannesberg legt mit Datum vom 01. März 1977 Widerspruch gegen den Flurbereinigungsbeschluss ein.

Während sich die Gemeinde Glattbach »erfolgreich« gegen die Flurneuordnung gewehrt hat, wurde sie letztlich in Johannesberg angeordnet (Gruppe Mömbris). Sie war notwendig unter vielem anderem, denn

- die meisten Wege führten über Privatgrund
- nur durch sie war es möglich, z.B. großen Erbgemeinschaften die durch Erbteilung entstanden sind, aufzulösen. Mehrere tausend Grundstücksverhandlungen mussten geführt werden.

Die Sitzungshäufigkeit in all den Jahren war enorm. Der Bürgermeister kraft Amtes Mitglied der drei Teilnehmergeinschaften.



Ohne Flurneuordnung keine Dorferneuerung Dorfentwicklung

Bereits am 02. Oktober 1984 beantragten die Mitglieder des Gemeinderates das Dorferneuerungsverfahren. Beim Behördentermin am 30. Oktober 1986 bei dem sich die wesentlichen Träger öffentlicher Belange im Rathaus eingefunden haben, wurde über das Pro und Kontra der Zustimmung, für Johannesberg das Verfahren zu genehmigen, sehr kontrovers beraten. Kreisbaumeister Peter Wilk wandte ein, eigentlich seien - außer in Steinbach - wesentliche Bereiche Johannesbergs schon vorstädtisch ausgeprägt.



Nach dem »konstruktiven« Mittagessen im »Alt Johannesberg«, die Gesamtgemeinde sei mit der Konstellation der fünf Ortsteile, dem umfangreichen Abwasserwesen genug »belastet«, ist Unterstützung vom Staat gefordert. Anschließend wurde dem »umfassenden Dorferneuerungsverfahren« für **alle Ortsteile** zugestimmt. Damit konnten auch einzelbetriebliche, das heißt, private Maßnahmen bezuschusst werden.

Ohne Flurneuordnung keine Dorferneuerung Dorfentwicklung

Die Flurneuordnung wie auch die drei umfassenden Dorferneuerungsverfahren waren in der 50-jährigen Geschichte der neuen Gemeinde Johannesberg von essentieller Bedeutung, denn sie ermöglichten in einer Vielzahl von »Aufholschritten« ein bauliches wie ideelles Zusammenwachsen der äußerst unterschiedlichen Beschaffenheit der neu eingebundenen Ortsteile.

Dieses Foto vom Vorstand der Teilnehmergeinschaft Johannesberg/Breunsberg - stellvertretend für alle drei Verfahren



Ohne Flurneuordnung keine Dorferneuerung Dorfentwicklung

Ohne diese enormen Förderhilfen aus diesem Programm wäre Johannesberg nicht im Geringsten dort, wo wir heute stehen und die Dorfentwicklung Steinbachs wäre für die dortigen Beitragszahler wie für die Gemeinde zu einem Fiasko ausgeartet.

Weshalb ein Fiasko? Ein Beispiel:

Nicht weil die Hauptstraße - heutige Steinbacher Straße - zu mehr als 50 Prozent im Privatbesitz, sondern weil diese Straße noch nicht erstmalig hergestellt war. Das heißt, der Beitragssatz hätte 90 : 10 betragen.

An Fördermittel wurden gewährt:	Flurbereinigung davon	Dorferneuerung
Oberafferbach-Rückersbach	3,655 Millionen Euro	1,423 Millionen Euro
Johannesberg-Breunsberg	3,007 Millionen Euro	1,784 Millionen Euro
Steinbach	1,874 Millionen Euro	0,945 Millionen Euro
Gesamt	8,523 Millionen Euro	4,152 Millionen Euro



Dies entspricht einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 17 Millionen Euro inklusive der gemeindlichen Eigenbeteiligung.

Ohne Flurneuordnung keine Dorferneuerung Dorfentwicklung

Langzeitprogramm - keine Schnellschüsse, sondern intensiv in Bürgerforen und Arbeitskreisen werden mit der Bevölkerung diskutiert:

Dorferneuerung - Dorfentwicklung Johannesburg

Städtebau	35 Maßnahmen
Grünordnung	27 Maßnahmen

Dorferneuerung - Dorfentwicklung Breunsberg

Städtebau	21 Maßnahmen
Grünordnung	21 Maßnahmen

Dorferneuerung - Dorfentwicklung Oberafferbach mit Hagelhof

Städtebau	18 Maßnahmen
Grünordnung	40 Maßnahmen

Dorferneuerung - Dorfentwicklung Rückersbach mit Sternberg

Städtebau	23 Maßnahmen
Grünordnung	18 Maßnahmen

Dorferneuerung - Dorfentwicklung Steinbach

Städtebau	19 Maßnahmen
Grünordnung	nicht gesondert aufgeschlüsselt



insgesamt 222 Maßnahmen

16. November 1998

In einer örtlichen Gründungsveranstaltung wird auf Anregung der Gemeinde Johannesburg bürgernah und bürgerfreundlich das »Agenda 21 Forum Johannesburg« gegründet.

Der Versuch eines Resümees

Mit Verweis auf die Ausstellungstafeln darf ich festhalten, dass mein Vortrag nur einen Bruchteil von dem wiedergeben kann, was in den 50 Jahren der »neuen« Gemeinde Johannesburg geschehen ist. Thematisiert werden könnten zum Beispiel

- die Entwicklung der Grundstücks- und Immobilienpreise
- die damit verbundene Wertsteigerung allgemein
- weitere Baulandausweisungen und das Wecken von Begehrlichkeiten auf Kosten...
- der Wohnwert und das damit verbundene Identitätsgefühl, der Zusammenhalt unserer Bevölkerung
- die positive Fortschreibung unserer Gemeindeentwicklung
- Zukunftsvisionen usw.
- das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung und der damit verbundene verantwortungsvolle Umgang

Für mich persönlich ist mit Wirkung vom 01. Januar 1999 die Gesamtgemeinde zu einem wirklichen kommunalen Verbund geworden. Auf Anraten des Bayerischen Gemeindetages kommen ab diesem Zeitpunkt alle Grundstückseigentümer für die Investitionen im Abwasserwesen auf. »Es wird nicht einfach und sie werden kein Lob dafür bekommen, aber die nächsten Generationen werden es ihnen danken«, weissagte der Vertreter des Bayerischen Gemeindetages.

19. Februar 1998

Die Stadt Hanau verkauft das Schullandheim - im Ortsteil Rückersbach gelegen - an das Kolping-Bildungswerk Würzburg. Die Einrichtung nennt sich weniger später »Seminarzentrum«.



Menschen formen eine Gemeinde zur Gemeinschaft!



Johannesberg - fünf Ortsteile - eine Gemeinde

Der Versuch eines Resümees

manchmal müssen wir auch loslassen, auch wenn es sehr schwerfällt...
unter anderem 100 Jahre Geschichte »Schwesternhaus«



Ein Dorf im ständigen Wandel

Menschen treten in unser Leben, bleiben bei uns oder/und sie gehen wieder
für immer!

Johannesberg - fünf Ortsteile - eine Gemeinde

Das Dorf und die Metapher...



In einem Seminar verglich der Referent das Dorf mit einem Haus:

- der Flur die Ortsdurchgangstraße
- die Vorratskammer die Geschäftswelt
- das Wohnzimmer die Neubaugebiete
- das Kinderzimmer die Spiel- und Sportplätze
- usw.

Das Dorf und die Metapher...



In diesem Haus sollte (müsste) die Chemie stimmen, sich sprichwörtlich immer riechen und leiden zu können. »Christus mansionem benedicat«. Dies sei mein Wunsch für die nächsten fünf Dekaden und darüber hinaus...

$20 * C + M + B + 23$

Ein gesegnetes Osterfest und alle erdenklich guten Wünsche



**verbunden mit einem zwischenmenschlich respektvollen
Miteinander in bester Gesundheit!**